

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1947

33 (1.5.1947)

1.
MAI

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN UND WÜRTTEMBERG

2. Jahr Nr. 33

L F W S B

Donnerstag, 1. Mai 1947

Einzelpreis 20 Pfg.

Hans Venedey's Appell zur sozialistischen Einheit

Die Sozialdemokratie muß sich der historischen Aufgabe gewachsen zeigen

Auf dem Parteitag der KP Südwürttemberg und Hohenzollern in Ebingen, sprach am Sonntag der ehemalige hessische Innenminister Hans Venedey (Konstanz). In seiner vom stürmischen Beifall der Delegierten mehrfach unterbrochenen Rede führte Venedey, der ein führender Sozialdemokrat gewesen ist, (bis er wegen seiner Einheitsarbeit ausgeschlossen wurde) u. a. aus: Die Einheit der marxistischen Parteien, die Einheit aller Werktätigen hat sich im Osten Deutschlands verwirklicht. Der große Gedanke der Arbeitereinheit ist im Begriff nun auch im Westen nicht nur die Köpfe, sondern auch die Herzen aller Marxisten und aller Werktätigen zu gewinnen. Es wird behauptet, daß die Kommunistische Partei sich nur deswegen für die Einheit einsetze, weil die KP damit die einzige Möglichkeit für ihre weitere Existenz sehe. Ich habe mich im Laufe der letz-

Jugend und Säuberung

Wie wir erfahren ist in den nächsten Tagen eine Verordnung zu erwarten, durch welche die nach dem 1.1.1919 geborenen Jugendlichen von den Bestimmungen des Säuberungsgesetzes, ausgenommen werden sollen, sofern sie nicht Hauptschuldige oder Belastete nach dem Gesetz sind. Ebenso ist eine Amnestie für kleine Pgs in Vorbereitung.

ten Monate gründlich überzeugt, daß es den Genossen der KP mit ihrer Einheitskampagne keineswegs um taktische Manöver geht, sondern daß es sich hier um eine ernste Frage der gesamten Arbeiterbewegung und darüber hinaus um die Sache Deutschlands handelt. Die letzten Wahlen haben bewiesen, daß die KP nicht im Sterben liegt, sondern ganz im Gegenteil durch ihre Aufwärtsbewegung gewissen Kreisen erhebliche Sorgen macht. Ich bin immer wieder überrascht mit welcher Leidenschaft die Einheitsfrage auf den kommunistischen Parteikongressen unter Beiseitlassen jedweder parteiegoistischer Ziele behandelt wird und daß rein sachliche politische Überlegungen die Triebkräfte sind.

Ich selbst, der ich zwanzig Jahre lang aktives Mitglied der SPD gewesen bin und aus dieser Partei gezwungenermaßen ausscheiden mußte, nehme meine Aufgabe für die Einheit zu wirken überaus ernst. Das, was wir gemeinsam bekämpfen ist nicht die SPD, welche wir weder zerschlagen noch ruinieren wollen — wir wollen uns ja mit ihr vereinigen —, sondern der verhängnisvolle falsche Kurs, der ihr aufzuzwingen wird. Wir sind und wollen Marxisten bleiben und bekennen uns zum wissenschaftlichen Sozialismus.

Wenn wir die heutigen Situationen analysieren, so zeigt die geschichtliche Betrachtung, daß die Niederlage der Arbeiterbewegung vor dem Faschismus in ihrer Spaltung begründet lag. Wir ziehen daraus die Konsequenzen, daß die Einheit notwendig ist. Die Reaktion in Deutschland ist nicht beseitigt und in Politik, Wirtschaft und Verwaltung herrschen die alten Kräfte. Gegen die geschlossene Front der Reaktion kann nur die geschlossene Front aller Sozialisten den Sieg erringen.

Wir widersetzen uns der billigen Stimmungsmache gegen eine Besatzungsmacht. Leere nationalistische Demonstrationen gegen eine Besatzungsmacht hat bei den Spießbürgern Erfolg. Wir wissen, daß wir nur eine Chance haben aus dem Chaos herauszukommen, wenn wir mit den Besatzungsmächten loyal zusammenarbeiten. So waren die damaligen Wahlen am 20. Oktober in Berlin das Ergebnis einer solchen Demonstrationenpolitik, während die Wahlen jetzt für die Gewerkschaften in Berlin den Beweis gebracht haben, daß das werktätige Volk auf Seiten der sozialistischen Einheit steht. Auch im Westen gibt

Legt die Mauern nieder

Von Walter Dehmel

Legt die Mauern nieder, die uns trennen!
Schranken, die der Argwohn zwischen uns erschuf,
daß wir frei uns an'schaun und erkennen;
Unser Bruch entgingt sich gleicher Sehnsucht Auf.

Legt die Mauern nieder, die uns trennen!
Jedem von uns war es unerbittlich klar,
daß in uns die gleichen Wünsche brennen
und die Zwietracht Wurzel in'rer Schwäche war.

Legt die Mauern nieder, die uns trennen!
Daß der Blick d's gleiche Ziel ins Auge laßt!
Ehlich wollen wir uns wieder Brüder nennen!
Lange haben wir wie Feinde uns gehaßt!

Legt die Mauern nieder, die uns trennen!
Einig wollen wir uns mü'n voll Leidenschaft
daß uns neue Mäch, zu dem wir uns bekennen,
unsern Kindern eine lichte Zukunft schafft.

es eindeutige Symptome, die beweisen, daß die Arbeiterklasse die Aufgabe der Stunde versteht. Der Redner setzte sich dann mit verschiedenen Vorwürfen, die erhoben werden, auseinander. Daß die Einheitspartei keine totalitäre Partei die niemand neben sich dulde, beweise ihre loyale Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen Kräften in der Blockpolitik der Ostzone, während die CDU im Westen alles niederstimme, was ihr nicht in den Kram paßt. Wer der KP den Vorwurf mache, daß ihr Bekenntnis zur Demokratie nicht sei, der versteht nicht, daß die Situation nach 1918 eine völlig andere war, wo die Großgrundbesitzer, die Industriekapitäne und die Generale an der Macht blieben und überaus aktiv waren. Damals mißlang die Entmachtung der geschworenen Feinde der Demokratie vollends und zur wirtschaftlichen Fundierung der Demokratie geschah nichts. Heute ist es eine spezifisch andere Situation. Wir sind für eine kämpferische Demokratie und wo jemand den Boden der Demokratie verläßt, hat er jeden Anspruch auf Demokratie verloren. Der Vorwurf eine nationalistische Partei zu sein ist nichts als übelwollende Verleumdung. Wir denken ernst über die Zukunft des Volkes nach und sind überzeugt, daß ohne wirtschaftliche und politische Einheit Deutschland nicht leben kann. Wir wissen, daß unser Nachbarvolk Frankreich befürchtet, daß die Einheit Deutschlands ihm gefährlich werden könne. Aber gab es 1870 ein einheitliches Deutschland, das Frankreich überfiel? Wir sind der Überzeugung, daß ein einheitliches Deutschland, welches eine starke einheitliche Arbeiterpartei zum Fundament hat, der stärkste Friedens- und Sicherheitsgarant für Frankreich wäre. In einem föderalistischen Deutschland ist die Nazi-

herrschaft groß geworden und im reaktionären Bayern war ihre Brutstätte.

Wir brauchen ein klares Programm das dem großen Ziele dient: der Verwirklichung der Demokratie in Deutschland und der Erhaltung des Friedens! Der Redner appellierte an die sozialdemokratischen Genossen, sich der historischen Aufgabe der Einheit bewußt zu sein und ihr ebenso selbstlos zu dienen wie die Kommunisten. Diese Erkenntnis wachse heute in den Mitgliedschaften. Der Schritt zur Einheit ist notwendig, wenn wir das werktätige Volk aus seiner Not erlösen, die Reaktion schlagen und ein freies, fortschrittliches Deutschland schaffen wollen!

Die Lage in Italien

Wirtschaftsplan der Kommunisten

Rom (Südena). Der leitende Ausschuss der Kommunistischen Partei Italiens hat eine Entschliebung angenommen, in der der Ernst der Wirtschaftslage des Landes und die Dringlichkeit entsprechender Maßnahmen zu ihrer Behebung unterstrichen werden. Die Entschliebung schlägt zu diesem Zweck vor: Stabilisierung des Lire, Steigerung der Devisenrücklage und des Warenaustausches sowie Aufnahme ausländischer Anleihen für den Staat und die Privatindustrie.

Rom (Südena). Die neuen Parlamentswahlen werden voraussichtlich am 12. Oktober stattfinden, wie man in politischen Kreisen annimmt. Obgleich die Verfassunggebende Versammlung grundsätzlich ihre Arbeiten am 24. Juni abgeschlossen haben sollte, wird sie die Arbeiten wahrscheinlich bis zum 31. Juli fortführen.

Heraus zum 1. Mai!

Not und Entbehrung lasten auf unserem Volk.

Viele unserer Söhne, Brüder und Väter weilen noch fern der Heimat in Gefangenschaft. Noch gibt es keine Gewißheit über unser zukünftiges Schicksal. Viele in unserem Volk sind noch verzagt, mancher möchte darum verzweifeln und sieht keinen Ausweg mehr.

So aber denken die klassenbewußten Werktätigen nicht. Sie wissen, daß es einen Weg in die Zukunft gibt, trotz aller Schwierigkeiten. Die Arbeiter haben nicht nachgegeben in den Tagen des Sozialistengesetzes, sie haben 12 Jahre lang in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern auch dem Hitler-Terror getrotzt und gewußt, daß einmal der Tag kommen wird, an dem sie den Kampf für das Recht der werktätigen Massen auf ein men-

schenswertes Dasein, für Freiheit und Friede, auch offen wieder aufnehmen können.

Der 1. Mai 1947 wird so für sie zum Bekenntnis ihrer Entschlossenheit, einer neuen Demokratie den Weg zu bahnen und die sozialistische Ordnung zu erkämpfen.

Sie wissen sich an diesem Tage verbunden mit den werktätigen Massen der Völker in aller Welt, die heute überall unter wehenden roten Fahnen für Völkerwehndung, gegen neue Kriegsgefahren demonstrieren.

Die Arbeiter und Angestellten in Deutschland aber geloben an diesem Tage, daß sie alle Kraft einsetzen wollen, um die vor ihnen stehenden besonderen Aufgaben zu erfüllen. Sie kämpfen deshalb:

Für die Ausmerzung des Nazismus und Militarismus, zur Festigung einer neuen demokratischen Ordnung.

Für eine einheitliche, sozialistische Arbeiterbewegung in ganz Deutschland, die der Reaktion die Stirn bieten kann und die Versuche der Großkapitalisten, aufs neue ihre Herrschaft aufzurichten, unmöglich macht.

Für die Erhaltung der Arbeitskraft durch die Sicherstellung der Ernährung. Für Arbeitsschutz, Sozialfürsorge und fortschrittliches Tarifrecht.

Für eine leistungsfähige, deutsche Friedensindustrie und einen entwickelten Außenhandel, die der deutschen Wirtschaft die Rohstoffe und dem schaffenden Volk Arbeit und Brot sichern.

Für eine planvolle, deutsche Wirtschaft, zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit und Krisen.

Für das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften in der Wirtschaft und zur rationellen Ausnutzung aller Wirtschaftskräfte im Dienste des Volkes.

Für die Gleichberechtigung der Frau auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Für die Rechte der arbeitenden Jugend.

Für die Auflösung der Trusts, Konzerne und Kartelle. Aufteilung und Uebereignung des Großgrundbesitzes der Fürsten, Grafen und Barone in die Hände der Bauern.

Für die soziale und politische Gleichberechtigung der Flüchtlinge.

Werktätige in Stadt und Land beteiligt Euch in Massen an den Kungebungen des 1. Mai.

Zeigt allen Feinden des Volkes, allen Reaktionären und heimlichen Faschisten, daß Ihr entschlossen seid, Euch einzusetzen für das Recht des Volkes, für ein menschenwürdiges Dasein, für Freiheit und Frieden.

Feiertag - Kampftag

Die klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt begehen den diesjährigen 1. Mai im Zeichen des Kampfes um den Frieden. Seit dem Jahre 1886 demonstrierten die Arbeiter aller Länder Jahr für Jahr an diesem Tag im Zeichen der Solidarität der Werktätigen, für Frieden und Sozialismus.

Seit 61 Jahren haben die Forderungen der Arbeiter entsprechend der veränderten Situation verschiedenen Charakter angenommen. In den kolonialen Ländern kämpfen heute noch die Arbeiter um die Erhaltung des Achtstundentages. In anderen Ländern haben die Erfolge der Arbeiterbewegung dazu geführt, daß der 1. Mai als Staatsfeiertag gilt. In der Sowjetunion haben die Arbeiter seit 1917 das Programm, das sich die sozialistische Arbeiterbewegung stellte, zum Inhalt ihres Staatsaufbaues gemacht und das Leben auf neuer Grundlage entwickelt. Wofür die Arbeiter der anderen Länder noch kämpfen, das haben die Arbeiter und Bauern der UdSSR schon erreicht.

Wir sind heute die Zeugen eines verstärkten Ringens zwischen den Kräften des Fortschritts und des Friedens auf der einen, der Reaktion und neuen imperialistischen Machthabern auf der anderen Seite. Es geht darum, wer in den verschiedenen Ländern den entscheidenden Einfluß auf die Geschehnisse des Staats, der Wirtschaft und Politik ausübt, die alten Kräfte der Finanz- und Industriemagnaten oder die Volkskräfte, die Arbeiter, Bauern, die Handwerker und die Geistes-schaffenden. Die Ereignisse in Amerika, Großbritannien, Frankreich, wie in den Ländern Südosteuropas sind ebenso ein deutlicher Ausdruck dieses vor sich gehenden Kampfes, wie das Ringen der Freiheitsbewegungen in Indien, China, Palästina usw. um ihre Selbständigkeit. Der Kampf um Frieden und Sozialismus geht daher unter den neuen Bedingungen weiter wie all die Jahre zuvor. Je gewaltiger und einheitlicher der 1. Mai als ein internationaler Kampftag durchgeführt wird, um so besser werden die Voraussetzungen der neuen Friedensordnung in der Welt sein.

Auch in Deutschland kommt es darauf an, wer den entscheidenden Einfluß auf Staat, Wirtschaft und Politik ausübt. Unter den besonderen Bedingungen der alliierten Besatzung haben wir darum zu kämpfen, daß die Werktätigen zum entscheidenden Faktor in ganz Deutschland werden. Großgrundbesitz, Monopolkapital und die alte Bürokratie sind die Ueberreste einer verfallenden volksfeindlichen Herrschaft. Das Bürgertum und seine Parteien haben die geschichtliche Prüfung nicht bestanden. Ihre Herrschaft hat nur Krieg und Unglück Ausbeutung und Unterdrückung für unser Volk und für andere Völker gebracht. Die Aufgabe steht klar vor uns: ein neues demokratisches Deutschland kann nur durch die geeinte Arbeiterbewegung aufgebaut werden und seine Freiheit und Souveränität erlangen. Wir sind vom Zukunftswillen erfüllt, vertrauen der großen Sache aller demokratischen Deutschen, glauben an die Initiative aller Arbeiter und fortschrittlichen Menschen, sind bereit, uns in den Dienst der Aufgabe zu stellen, unserem Volk ein besseres Leben zu verschaffen und ihm eine friedliche Zukunft zu sichern. Die zukünftige Friedensordnung in Europa und der Welt, das Wachsen der fortschrittlichen Kräfte in allen Ländern gibt uns die Möglichkeit, uns unser eigenes Leben aufzubauen und Deutschland wieder zu einem gleichberechtigten Glied in der Völkerfamilie zu machen.

Am diesjährigen 1. Mai werden wir uns Rechenschaft geben, welches die Gründe und Ursachen sind, warum die deutsche Arbeiterbewegung in der Vergangenheit solch geringe Erfolge zu verzeichnen hatte. Wir werden versuchen, Lehren daraus zu ziehen, die vor allem zur Ueberwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung mahnen, die auch heute noch in den Westzonen die Reaktion ihre Triumphe feiern läßt. Wir werden uns Rechenschaft darüber geben, warum in den beiden letzten Jahren die Entwicklung in Deutschland so verschiedenartig vor sich gegangen ist warum in unserem Südwesten der Großgrundbesitz, das Monopolkapital und die faschistischen Ueberreste in Politik, Wirtschaft und Kultur nicht beseitigt worden sind. Wie an jedem 1. Mai werden wir auch dieses Jahr ganz konkret die Aufgaben erkennen müssen, für deren Verwirklichung die diesjährigen Maidemonstrationen kämpfen.

Der 1. Mai 1947 ist unser Kampftag

für die Beseitigung der imperialistischen Monopolverbände. Die Trust- und Konzernherren, die Großkapitalisten und Scharfmacher waren bereits vor dem 1. Weltkrieg die größten Kriegstreiber und Kriegshetzer. Später finanzierten sie die Nazibewegung und verhalfen Hitler zur Macht. Sie sind die Hauptkriegsschuldigen und Hauptkriegsverbrecher des Hitlerkrieges, der unser Volk in so unsägliches Elend stürzte.

für die Durchführung der Bodenreform in ganz Deutschland! Die Herrschaft der Großgrundbesitzer hat unserem Volke unsägliches Leid und Unglück gebracht. Durch ihre grenzenlose Ausbeutung stürzten sie Millionen Bauern und Landarbeiter in tiefste Not. Sie waren im Bunde mit den Monopolen die Kriegstreiber des ersten

Weltkrieges; sie waren die ständigen Träger des Militarismus, verhalfen Hitler zu Macht und drängten zum verbrecherischen Eroberungskrieg. Ihre verhängnisvolle Herrschaft gilt es zu brechen.

für die Völkerverständigung! Durch Lügen und Verleumdungen gegen andere Völker, durch die schamlose verlogene Rassenhetze gelang es Hitler, breite Kreise unseres Volkes für einen verbrecherischen Eroberungskrieg einzuspinnen. Wo Rassenhaß und Hetze gegen andere Völker auftauchen, da erhebt die kriegslüsterne Reaktion ihr Haupt. Wir kämpfen gegen neue imperialistische Kriegshetze und unterstützen alle Bestrebungen, die dem Fortschritt der Menschheit dienen.

für den Neuaufbau der Wirtschaft! Hitler hat unserem Volk nur Trümmer hinterlassen. Unser Volk durchlebt ungeheure materielle Schwierigkeiten. Nur durch den Wiederaufbau der Wirtschaft durch Förderung der Bedarfsgüterindustrie, durch breite Hilfe für die Landwirtschaft und die Wiederherstellung des Transports können wir unsere Lebenslage verbessern. Darum Sicherung des lebensnotwendigen Bedarfs der Werktätigen an Nahrung, Kleidung, Wohnung und Heizung durch beschleunigten Wiederaufbau unserer Wirtschaft, Kampf gegen Schieber und Saboteure Kampf ge-

gen Preiswucher, Steigerung der Erzeugung für die breite Masse der Bevölkerung.

für das volle Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb und Wirtschaft! Anerkennung der Betriebsräte als gesetzliche Vertretung der Arbeiter und Angestellten im Betrieb. Gleichberechtigte Mitwirkung der Betriebsräte in allen Betriebs- und Produktionsfragen. Sicherung des Koalitions-, Streiks- und Tarifrechtes, Ausbau des gesetzlichen Arbeitsschutzes.

für die vollständige Gleichberechtigung der Frau auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet! Gleiche Löhne für gleiche Leistung. Breite Heranziehung von Frauen in leitenden Stellen der Verwaltung und der Wirtschaft. Die Tore der Hoch- und Berufsschulen müssen auch den Frauen in gleicher Weise geöffnet sein.

für die Aufstiegsmöglichkeiten der Jugend! Das deutsche Schicksal stand jahrzehntelang im Dienst der Reaktion und des Militarismus. Das Bildungsprivileg der Reichen gibt im wesentlichen nur den Söhnen der begüterten Schichten breite Aufstiegsmöglichkeit. Den Söhnen von Arbeitern und Bauern ist der Zugang zu höheren Schulen und zur Hochschule fast völlig versperrt.

für die Einheit der deutschen Nation! Die Jahrhunderte währende Zersplitterung Deutschlands war eine der Hauptursachen der ökonomi-

schon und politischen Rückständigkeit unseres Landes. Ohne die politische Einheit, die auf der wirtschaftlichen Einheit begründet ist, kann es keine lebensfähige Volkswirtschaft und keinen gesamtdeutschen Wiederaufbau geben. Kampf für eine gesamtdeutsche fortschrittlich-demokratische Entwicklung in ganz Deutschland.

Vor allem aber ist der 1. Mai der Kampftag der geeinten Arbeiterschaft für den Sozialismus! Wenn die sozialistische Bewegung heute die Forderungen der demokratischen Erneuerung auf ihres Banner schreibt, dann verzichtet sie dabei keineswegs auf die Erreichung ihres sozialistischen Endzieles, das allein imstande ist, das deutsche Volk von Ausbeutung und Unterdrückung, Wirtschaftskrisen und imperialistischer Kriegsdrohung endgültig zu befreien.

Garant für unseren Erfolg ist die Einheit der Arbeiterbewegung, darum höher die Fahne der Sozialistischen Einheitsbewegung! Wir demonstrieren heute für die Sozialistische Einheitspartei, die als unabhängige Partei Deutschlands für die wahren nationalen Interessen ihres Volkes kämpft. Wir wollen sie zur fortschrittlichsten und besten nationalen Kraft für die wirtschaftliche, kulturelle und politische Einheit Deutschlands machen. In diesem Zeichen begehen wir den 1. Mai 1947.

Die Kriegsgefangenen

Im Leitartikel des „Morgen“ (Mannheim) schreibt Dr. Ackermann: „Eine schwere Beunruhigung der letzten Tage und Wochen war die Erklärung Molotows über die Zahl unserer Kriegsgefangenen gewesen. Diese Angelegenheit hat nun insofern eine Aufhellung gefunden, als die unerklärliche Differenz von 400 000 Gefangenen, die aus den sowjetischen Kriegsberichten gegenüber der Molotowklärung errechnet worden war, ihre Begründung darin findet, daß in den Gesamtzahlen der Gefangenenstatistik außer den deutschen auch die rumänischen, ungarischen, slowakischen und anderen Truppen in Hitlers Diensten einbezogen waren. Wo die 1 1/2 Millionen Deutschen geblieben sind, die bisher noch in keiner Statistik der Toten und Gefangenen aufgeführt waren, das enthielt der grauenhafte Fund von Gefangenenslisten der Wehrmachtsauskunftsstelle in Meiningen, die von der Hitlerregierung absichtlich unterschlagen worden waren, um die Größe der Niederlage nicht in Erscheinung treten zu lassen. Daß bei diesen Verheimlichungen die deutsche Heeresleitung den gleichen Standpunkt einnahm, wie ihn Schacht vor der Spruchkammer in Stuttgart präzisiert hat, ist eben das Bezeichnende und Bedauerliche: „Ich habe alle Schweinereien mitgemacht, die ich nicht verhindern konnte.“

Auf dem Wege zur Einheit

Zweiter Parteitag der KP Südwürttembergs und Hohenzollerns

Ebingen. Am vergangenen Samstag und Sonntag tagte der Landesparteiabend unter außerordentlich starker Beteiligung von Delegierten aus allen Gruppen des Landes. Nach der Eröffnung durch den Landesleiter, Wilfried Acker, begrüßte Gen. Ludwig Becker die zahlreichen Delegierten und Gäste, unter ihnen den Vertreter der Militärregierung und der Stadtverwaltung. Begrüßungsansprachen hielten Bürgermeister Gen. Fridolin Reiber, Gen. Hermann Nuding von der Landesleitung Nordwürttemberg, Gen. Dr. Bittel von der Landesleitung Südbaden, Jugendsekretär Acker für die Jugend.

Als Vertreter der Einheitsgruppe Tuttlingen sprach das ehemalige Mitglied der SPD, Fritz Reuchlin, der dem Parteitag den Wunsch überbrachte, daß in Südwürttemberg bald die Einheitspartei zustande komme, damit die Arbeiterschaft bei den kommenden Kämpfen zu einer geschlossenen Front stehen. Der Einheitswille der Klassenbewußten Arbeiter, die aus der Vergangenheit gelernt haben, sei nicht mehr aufzuhalten. Begrüßungstelegramme waren eingegangen vom Zentralsekretariat der SED Berlin, der Zonenleitung der SED-KPD der britischen

Zone und vom Bundesvorstand der südwürttembergischen Gewerkschaften.

Im Mittelpunkt des Parteitages stand das politische Referat des Gen. Prinz (Mainz) „Auf dem Wege zur Einheit“. In tiefgründiger Weise wurde eine Analyse der Lage gegeben und die Notwendigkeit der Einheitspartei zum entschlossenen Kampf gegen die Reaktion und für die Verwirklichung einer wahren Demokratie aufgezeigt. Im Namen der Genossen, welche aus der Sozialdemokratischen Partei zur Sozialistischen Einheitspartei kommen, sprach Hans Venedey (Konstanz) über seine von hohem Verantwortungsgefühl und überzeugender Sachlichkeit getragenen Ausführungen, die vom Parteitag mit stürmischem Beifall entgegengenommen wurden, berichten wir auf der ersten Seite.

Nach den Referaten entwickelte sich eine außerordentlich lebhaft Diskussions der Delegierten, wobei insbesondere die Ausführungen mehrerer Genossen lebhaft Zustimmung fanden. Alle Diskussionsredner gaben Zeugnis von dem Ernst der politischen Lage, in welchem sich Südwürttemberg unmittelbar vor seiner entscheidenden Wahl zum Landtag und der Verfassungsabstimmung befindet, die mit einstimmigem „Nein“ von der Kommunistischen Partei abgelehnt wird, weil der von der CDU gemeinsam mit der SPD angenommene Entwurf reaktionär ist und den elementarsten Forderungen der werktätigen Bevölkerung und einer fortschrittlichen Demokratie widerspricht.

Gen. Acker gab den Tätigkeitsbericht der Landesleitung der durch Berichte der politischen Kommission, der Jugendkommission, der Frauenkommission und der Pressekommission ergänzt wurde. In geheimer Wahl wurde die neue Landesleitung gewählt und die Kandidaten für die Landesliste zu den Wahlen aufgestellt. Die einheitlichen Beschlüsse zeigten den klaren Willen der Delegierten aus dem ganzen Land, zielbewußt den Weg zur Sozialistischen Einheitspartei zu gehen.

SS-Standartenführer Issehorst verhaftet

Baden-Baden (Süden). SS-Standartenführer Issehorst, der von einem englischen Militärgericht in Wuppertal kürzlich zum Tode verurteilt wurde und dann geflohen war, wurde in der Nähe von Essen verhaftet und nach Baden-Baden verbracht, wo er den französischen Behörden ausgeliefert wurde.

Issehorst, ehemaliger SD-Chef für Baden, Württemberg und das Elsaß, wurde durch die französischen Justizbehörden als Zeuge in mehreren laufenden Prozessen und wegen im Elsaß in der Zeit vom Januar bis Oktober 1944 von ihm begangenen Kriegsverbrechen angefordert.

Alle Macht dem Volke!

Erwin Eckert sprach in Offenburg über die Verfassung

W.G. Im Anschluß an einige außergewöhnlich gut besuchte Wahlversammlungen in Rheinfelden, Säckingen und Laufenburg sprach im Offenburger Dreikönigssaal Gen. Erwin Eckert zum Thema: „Kampf um eine neue Demokratie.“ Er setzte sich mit den vielverbreiteten Bedenken auseinander, die angesichts der völlig ungeklärten Lage, angesichts des fortwährenden Fernsehs der Kriegsgefangenen die Schaffung einer Verfassung für verfrüht halten und stellte fest, daß die Kommunisten trotz dieser Bedenken mitgearbeitet hätten, um zu versuchen, in der Verfassung die Voraussetzungen für eine neue, wirkliche Demokratie zu schaffen. Die CSV habe ihre Mehrheit dazu benützt, um eine solche demokratische Verfassung zu hintertreiben. Hierbei kennzeichnete Gen. Eckert die Art des Zustandekommens dieser Mehrheit, die aus unpolitischen Wahlen hervorging, deren politische Tragweite sich erst nach dem Wahlgang herausgestellt habe. Wenn heute der Landesvorsitzende der CSV von der Gefahr einer „entfesselten Demokratie“ rede, dann meine er damit eine Demokratie, die tatsächlich im Willen des Volkes das oberste Gesetz sehe. Eben diese Demokratie gelte es zu verwirklichen.

Da wir Kommunisten uns dieses Ziel gesetzt haben, könnten wir auch auf die Schlagworte für den Wahlkampf verzichten, von denen z. B. das bekannte „Selbstmord oder Gott? Wir wählen Gott!“ der CSV ganz einfach eine Gotteslästerung sei. Gen. Eckert stellte fest, daß Gott sich zweifellos dafür bedanken würde, von der CSV auf solche Weise in den Wahlkampf hineingezogen zu werden.

Gen. Eckert ging dann auf die einzelnen Punkte des von den beiden bürgerlichen Parteien vorgelegten Verfassungsentwurfes ein. Er wies nach, wie die Beschränkung der gewählten Volksvertretung auf die bloße Beschlußfassung über Gesetze die Macht der Verwaltungsdemokratie zum ausschlaggebenden Faktor des künftigen südbadischen Staatswesens machen würde, wie darüber hinaus der aus dem gegenwärtig im Amt befindlichen Richtern zu wählende Staatsgerichtshof jedes Gesetz des Landtags und sogar Ergebnisse einer Volksabstimmung für ungültig erklären können. Wir Kommunisten seien dagegen der Auffassung, daß der Wille des Volkes, wie es in der Verfassung heißt, oberste Norm alles Handelns sein müsse und forderten deshalb, daß nicht nur die Gesetzgebung, sondern auch die Durchführung der Gesetze und die Justiz der Kontrolle der Volksvertretung unterstellt werden müßten. Wir forderten deshalb auch die Ersetzung der Verwaltungsbürokratie durch Beauftragte des Volkes, die aus seinen Besten zu nehmen sind und ihr Amt nur solange ausüben können, als sie die Aufträge des Volkes ausführen.

Als sich Gen. Eckert mit dem neu-südbadischen Nationalismus der beiden bürgerlichen Parteien auseinandersetzte, entstand in der Versammlung lebhafteste Heiterkeit, die sich in zustimmenden Rufen zu der Forderung äußerte, daß Südbaden ein Teil der demokratischen deutschen Republik als der Schicksalsgemeinschaft der deutschen Völker sein müsse.

Schließlich ging Gen. Eckert auf die Wirtschaftspragen in der Verfassung ein. Er stellte fest, daß die CSV bewußt die Verankerung einer Planwirtschaft, die allein imstande wäre,

mit den geringen noch vorhandenen Mitteln die Not zu meistern, hintertrieben habe, um so schnell als möglich zu einer ungehemmten Profitwirtschaft, zur Ausbeutung der Arbeiter übergehen zu können. Es sei nun Aufgabe der Bevölkerung, am 18. Mai dieser Verfassung die Quittung zu geben und durch die Entsendung von sozialistischen Abgeordneten aus den beiden Arbeiterparteien für eine bessere Verfassung zu sorgen.

Auf äußerstes Interesse stießen die Ausführungen, in denen Gen. Eckert darlegte, wie durch die Doppelzüngigkeit der CSV das von ihm ausgearbeitete Gesetz zur Säuberung gescheitert sei. Die Versammlung war sichtlich empört, als sie erfuhr, daß die Vertreter der CSV in der Landesverwaltung diesem Gesetz bereits im Juni zustimmten, um dann nach den Gemeindevahlen und noch mehr nach den Kreiswahlwahlen hinter den Kulissen gegen das Gesetz zu arbeiten und so den gegenwärtigen unhaltbaren Zustand der Entnazifizierung zu verursachen.

Bemerkenswert war, daß kein Vertreter der CSV die bereitwillig gebotene Gelegenheit zur Diskussion wahrnahm. Offenbar waren sich die Mitglieder dieser Partei der Schwäche ihrer Situation bewußt und hatten erkannt, daß sie ihren Standpunkt durch keine vernünftigen Argumente begründen oder verteidigen können.

Deutschland-Rundschau

MIT EINEM KALORIENWERT VON 400 KALORIEN je Tag sollen ab sofort 40 000 unterernährte deutsche Kinder mit Sondermahlzeiten des östlichen Roten Kreuzes bedacht werden.

DER AMERIKANISCHE KOMMANDANT BERLINS hat die Gefährde, die amerikanischen Besatzungstruppen durch die Verweigerung, Berlin zu verlassen, als „unzustreffend und unbegründet“ bezeichnet.

NACH EINER MITTEILUNG DER MILITÄRREGIERUNG Koblenz-Kuchens sind 50 Prozent der im Kreis Waldeck beschäftigten Lehrer bei der früheren NSDAP-Kartei eingetragen. Von ihnen hatten rund 12 Prozent ihren Fragebogen gefüllt.

ZU 15 JAHREN ZUCHTHAUS wurde die Angeklagte Gertrud Burd in Berlin verurteilt, weil sie im Jahre 1944 ihren eigenen Ehemann wegen staatsfeindlicher Äußerungen bei der Gestapo denunziert hatte, weshalb dieser zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde.

1000 kg KAISE sind in dem Lager von Bamberg Großhändlern verschmuggelt, weil sie, wie mitgeteilt wird, nicht ausgegeben werden könnten, da nur 65,5 g pro Kopei ausgegeben werden dürfen.

BEI DEN BETRIEBSRATSWAHLEN IN DUESSELDORF wurden in 14 Betrieben 44 Vertreter der KPD, 24 der SPD, 5 der CDU gewählt, und so weiter gewählte Vertreter sind partiell.

IM RUHRGEBIET stammen 64 Prozent der Schüler von Gymnasien und Oberschulen aus Akademikerfamilien, 30 Prozent sind Söhne höherer und mittlerer Beamten. Von 200 Schülern kommt nur einer aus Arbeiterkreisen.

DAS MÜNCHENER JUGENDPARLAMENT ist von der Militärregierung aufgelöst worden.

DAS EIGENTUM DER FRÜHEREN DEUTSCHEN ARBEITSPRONT in der russischen Zone ist dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund übertragen worden.

DAS AMERIKANISCHE MILITÄRGERICHT hat den ehemaligen SS-Scharführer Eugen Nocky aus Vierzehn (Hessen) wegen der Ermordung von 4 sowjetischen und 1 polnischen Häftling zum Tode durch den Strang verurteilt.

DER CHEFREDAKTEUR DER NACHRICHTEN-ABTEILUNG DES RUNDFUNKS in amerikanischen Sektor Berlin, Hans Jürgen Kerten, mußte auf Anordnung des amerikanischen Militärregierens von Berlin auscheiden, da er nach einer jetzt aufgefundenen Karteikarte im Jahre 1933 der NSDAP beigetreten sein soll.

Welt-Cheonik

DEN HAAG. Das Defizit der Jahresbilanz für 1947 beläuft sich auf 234 Millionen Gulden.

PRAG. 6 für die Zerstörung von Lidice verantwortliche ehemalige Angehörige der Gestapo von Kladno sind hingerichtet worden.

BOLOGNA. Neo-Faschisten, die sämtlich des bevorstehenden zweiten Jahrestages der Befreiung Italiens Unruhe in die Bevölkerung bringen wollten, hatten am Rathaus Anschläge über eine allgemeine Mobilmachung angebracht.

WASHINGTON. Senator Taft hat erklärt, daß er beabsichtigt, einen Gesetzesentwurf einzubringen, im Falle von Streiks lebenswichtige Industrien zu beschlagnahmen.

NEW YORK. Der brasilianische Delegierte Dr. Orlando Aranha ist an Stelle des verhinderten tschechoslowakischen Außenministers Jan Masaryk zum Präsidenten der Palästina Konferenz in Vorschlag gebracht.

CINCINNATI (Ohio). Lord Inverchapel, der britische Botschafter in USA hat erklärt, Großbritannien werde trotz der ersten Wirtschaftslage seine Verpflichtungen in Deutschland nachkommen.

PARIS. Der frühere Vizepräsident der USA, Henry Wallace, hat vor Pressevertretern gesagt: „Zur Verhinderung eines neuen Krieges muß in der Verteilung der Reichtümer der Welt ein gewisses Gleichgewicht vorhanden sein. Darum müssen die USA helfen, auch der UdSSR.“

WASHINGTON. Das Bundesgericht hat erklärt, daß die Bergarbeitergewerkschaft den im Mai vergangenen Jahres mit dem Innenminister unterzeichneten Kollektivvertrag aufrecht zu Anwendung bringe.

WASHINGTON. Präsident Truman hat es abgelehnt, die wegen der Journalisten nach dem Ergebnis der Moskauer Konferenz und nach seiner Einstellung zu den Reden der ehemaligen Vizepräsidenten Wallace zu beantworten.

WASHINGTON. Staatssekretär Marshall hat vorgeschlagen, der UdSSR einen 15 Milliarden Kredit zu gewähren.

NEW YORK. In den beiden Gewerkschaftsverbänden AFL und der CIO sind über 13 Millionen Mitglieder vereinigt.

CALVESTON-TEXAS. Die Todesliste bei der kürzlich abgelaufenen Katastrophe in Texas-City beläuft sich nach einer Bekanntmachung des amerikanischen Roten Kreuzes auf 431-MOSKAU. Der Präsident des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion, Nikolaj Swernik, empfing den neuen schwedischen Gesandten in der Sowjetunion, Koll Ragnarsson Soljan zur Überreichung seines Beglaubigungsschreibens.

24. April. Außenminister Molotow antwortete

zunächst auf die Vorschläge, die tags zuvor von Staatssekretär Marshall vorgetragen worden waren. In seiner Antwort bekräftigte Molotow erneut die russische Einstellung zum Viererakt über die Entmilitarisierung Deutschlands, hielt jedoch die Lösung, die Weiterberatung des österreichischen Friedensvertrages der nächsten Sitzung der UN zu überlassen, nicht für möglich. Molotow schlug alsdann vor, eine Viererkommission zur Prüfung der noch offenen Probleme einzusetzen. Diesem Antrage wurde von den übrigen Mächten mit der Forderung zugestimmt, einen Sonderausschuß von Sachverständigen mit der Prüfung der Art'kel zu beauftragen, die auf die deutschen Vermögenswerte in Oesterreich Bezug nehmen. Die Vertreter in der Viererkommission sollen später ernannt werden. Die Sitzungen dieser Kommission beginnen am 12. Mai in Wien. Es wurde ferner über die Frage der Herabsetzung der Effektivbestände der Besatzungstruppen in Deutschland beraten. Einem russischen Vorschlag standen Vorschläge der drei anderen Mächte gegenüber. Man einigte sich schließlich dahingehend, den Alliierten Kontrollrat in Berlin mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Planes zu beauftragen. Es ist vorgesehen, diesen Plan ab 1. 9. 47 in Kraft treten zu lassen.

24. April. Die Konferenz der vier Außenminister ist heute um 19.35 Uhr Moskauer Zeit geschlossen worden. Die nächste Sitzungsperiode beginnt im November in London.

Wallace wieder in USA

New York (Süden). Henry Wallace ist wieder in den USA eingetroffen und mit seiner Maschine auf dem Flughafen La Guardia gelandet. Pressevertretern gegenüber erklärte der ehem. amerikanische Vizepräsident auf deren Fragen: „Es war, wie ich es erwartet habe: Überall in Europa habe ich Völker vorgefunden, die einig sind in dem Wunsche nach Frieden. Ich beachtete die amerikanischen Öffentlichkeit von diesen „begeisterten und prächtigen“ Menschen zu erzählen, die ich in Osteuropa, in Großbritannien und in Frankreich getroffen habe, und deren größte Sorge der Friede ist.“

Weiter betonte Wallace, daß es unbedingt notwendig sei, die verwüsteten Gebiete Ost-

Erhöhung der Fetration

Baden-Baden. Die Militärregierung gibt bekannt, daß auf Grund zusätzlicher Einfuhren die Fettration von 200 auf 320 g monatlich erhöht wird. Die erhöhte Ration wird bereits im Laufe des Monats Mai verteilt.

europas wieder aufzubauen, und daß hierbei die

Ueberproduktion der amerikanischen Industrie Verwendung finden könne. Wallace reiste noch am gleichen Tage nach Washington weiter, wo er eine Pressekonferenz abzuhalten gedenkt. Er wird sich dann nach New York zurückbegeben.

Nach einer DPD-Reuter-Meldung ist Wallace telegraphisch von der EAM zu einem Besuch Griechenland eingeladen, um sich auch von der dortigen Lage an Ort und Stelle zu überzeugen. Wir hören dagegen weiter, daß im Repräsentantenhaus-Komitee für unamerikanische Betätigung die Strafverfolgung von Wallace angeregt wurde, weil er nach einem 148 Jahre alten Gesetz versucht habe, eine ausländische Regierung in Bezug auf ihre Politik gegenüber den USA zu beeinflussen.

Londoner Hafenarbeiter streiken

London (Süden). Im Londoner Hafen brach ein Streik aus. Von insgesamt 24 000 Hafenarbeitern befinden sich fast die Hälfte im Streik. Dieser Streik ist von besonders verwickelter Art. Die bedeutendste Gewerkschaft, die Gewerkschaft der Transportarbeiter, die ungefähr 15 000 Mitglieder besitzt, hat ihren Mitgliedern nämlich den Rat gegen, sich nicht an dem Streik zu beteiligen. In mehreren Dockanlagen und auf zahlreichen Schiffen sind die Arbeitsmannschaften jedoch völlig miteinander vermischt, da sie aus Hafenarbeitern bestehen, die drei verschiedenen Gewerkschaften angehören.

Die Streiklage in Portugal

Lissabon (Süden). Aus amtlicher Quelle wird mitgeteilt, daß die Lissaboner Schiffsverwerften, die auf Anordnung der portugiesischen Regierung infolge der Streiks der Arbeiter geschlossen worden waren, wieder geöffnet werden. Es wurde jedoch nichts Genaueres darüber mitgeteilt, ob die Forderungen der Arbeiter bezüglich Bezahlung von Überstunden angenommen wurden.

Bormann wird in Aegypten gesucht

Kairo. Eine polizeiliche Suchaktion nach Hitlers Stellvertreter Martin Bormann wurde auf Veranlassung der britischen Polizei in ägyptischen Hotels durchgeführt, und die Flugplätze wurden unter Bewachung gestellt.

Oberbürgermeister von Straubing entlassen

München. Auf Anordnung der amerikanischen Militärregierung wurden die Oberbürgermeister von Straubing, Max Gerhaber, und vier weitere Straubinger Beamte entlassen. Eine sorgfältige Untersuchung ergab eine unverhältnismäßig hohe Zahl von ehem. Wehrmachtangehörigen in der Stadtverwaltung sowie Verstöße gegen die Richtlinien der Militärregierung seitens der einzelnen Beamten.

Unsere nächste Nummer erscheint am 7. Mai

UNSER TAG (früher DER NEUE TAG)

Volkszeitung für Baden und Württemberg

Chefredakteur: Dr. Karl Bittel

Redaktion: (770) Ottenburg, Metzgerstr. 1, Tel. 1374. Telegramm-Adresse: Neutag, Ottenburg. Verlag: Südwest-Verlag o.G.m.b.H. (179), Ottenburg. Hauptstr. 115. Postfach 361. Fernruf: 1207. Erscheint Mittwoch und Samstag. - Bezugspreis monatlich 1,50 Mk. einstdl. Trägerlohn bei Postbezug zuzügl. Bestellgeld. - Druck: Buchdruckerei A. Reitt & Cie., Ottenburg

So kämpfte die Arbeiterschaft für den 1. Mai:

1886

Die amerikanischen Arbeiterverbände demonstrieren am 1. Mai für den Achtstundentag. In Chicago kommt es zu blutigen Kämpfen mit der Polizei. Seit diesem Tage ist der 1. Mai für die amerikanische Arbeiterbewegung ein Tag des Protestes und des Kampfes um die sozialen Forderungen.

1889

Auf dem Gründungskongress der zweiten Internationale in Paris im Jahre 1889 wurde der 1. Mai zum internationalen Fest- und Kampftag der Arbeiterklasse erklärt.

1890

Zum ersten Mal wird dieser Tag in der ganzen Welt als Kampftag für internationale Solidarität, für Frieden und Sozialismus begangen.

Im Aufruf zum 1. Mai 1890, der u. a. von August Bebel und Wilhelm Liebknecht unterzeichnet war, unterstrich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Aufgabe der Mai-Kundgebung, „die Einheitlichkeit der Bestrebungen aller Arbeiter klar zum Ausdruck zu bringen. In der Einheitlichkeit der Kundgebung liegt ihr Wert.“

1900

Die Mäi feiern nehmen in diesem Jahre einen großartigen Verlauf. Die Arbeitsruhe an diesem Tage hat sich trotz des Druckes der Unternehmer und der reaktionären Staatsgewalt immer stärker durchgesetzt.

1916

Karl Liebknecht spricht am 1. Mai, mitten im Weltkrieg, vor Tausenden von Arbeitern auf dem Potsdamer Platz in imperialistischen Völkermord.

1926

Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung verhindert gemeinsame Mäi feiern. Die beiden großen Arbeiterparteien demonstrieren getrennt und scharf voneinander geschieden.

1933

Die Nazis organisieren die Komödie des „Tages der nationalen Arbeit“ und treiben die Berliner Arbeiter zu einer von SA eskortierten Zwangsparade auf das Tempelhofer Feld. Am Tage darauf zerstörten sie die Arbeiterorganisationen.

1946

Nach 30 Jahren wieder einheitliche Mäi feiern aller Werktätigen. Der 1. Mai ist in der Ostzone der Tag der Wiedergeburt der großen deutschen Arbeiterbewegung und ein Siegestag über die Reaktion.

1. Mai 1947

Senket die Fahnen — schweiget — gedenket der Toten,
Die im Kerker dumpfer Tyrannei
Höchstes Opfer mutig dargeboten
Für das Volkes wahren ersten Mai!

Senket die Fahnen! Wisset: Qual und Schmerzen
Sind die Spuren der Vergangenheit,
Sind die Narben der betörten Herzen,
Losgelöst von aller Menschlichkeit.

Denkt zurück: Ihr Alten sagt's den Jungen,
Wie das Leben war zu jener Zeit,
Als das Volk — noch frei und ungezwungen —
Sich zusammenfand in Einigkeit.

Immer wieder durch den Lauf der Jahre
Als ein Zeichen vor uns hingestellt:
Dieser Tag, es blieb der wunderbare
Menschheitsruf in jedem Land der Welt!

Nun nach vierzehn wirren Hölle Jahren,
Nach Verrat und Wahn und Bruderzwist,
Lernstest du am eignen Leib erfahren,
Daß die Einheit mehr als nötig ist.

Gibst du erst der Welt ein gutes Zeichen,
Hältst du selber eigenes Gericht,
Werden Völker dir die Hände reichen
Und erschaun dein bess'res Angesicht.

Nur in dir, in deinen eignen Händen
Liegt der Zukunft ungeschriebne Zeit,
Du wirst auch die äußeren Trümmer wenden,
Hast du dich vom inn'ren Schutt befreit.

Ob die Hände schaffen, ob der Geist,
Ob du zögernd noch im stillen bist:
Wessen Sinne nicht verkrampft, vergeist:
Jeder zählt, der guten Willens ist!

Karl Otto

Gegen Imperialismus - für Völkerfrieden

Internationale Solidarität der Schaffenden der ganzen Welt

Zum zweiten Mal seit den Verfolgungen der Hitlerzeit und den Schrecken des zweiten Weltkrieges begehen die deutschen Schaffenden heute wieder ihren alten Kampftag: den 1. Mai.

Es sind einundsechzig Jahre verflossen, seitdem zum ersten Mal in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung schaffende Menschen den 1. Mai als Kampftag begingen.

Früh schon vollzog sich eine Ausweitung des internationalen Solidaritätsgedankens über Achtstundentag und Arbeiterschutz hinaus auf das Gebiet der Beziehungen der Völker untereinander. Der internationale Solidaritätsgedanke wurde in den Dienst der Erhaltung des Friedens gestellt.

Das Zeitalter des Imperialismus

Diese Ausweitung des Maidenkens spiegelt die Entwicklung des Kapitalismus wider, der seit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts in ein weiteres Stadium getreten war. Der alte Kapitalismus, der auf der Grundlage der freien Konkurrenz

ausgesehen, als er die Arbeiter anforderte, am 1. Mai auch gegen die Kriegsgefahr zu demonstrieren. Auf allen Mäiern der ersten Jahre dieses Jahrhunderts bis 1914 wurde dieser Kampf auch mit größter Energie geführt. Am 1. Mai 1913 z. B. als sich die Schatten der kommenden Weltkatastrophe schon schwer auf die Massen aller Völker herabsenkten, schrieb Rosa Luxemburg:

„Mitten unter den wildesten Orgien wiederholt sich zum 24. Male der Weltelertag des Proletariats. In diesem Augenblick des Rüstungswahnsinn und der Kriegsgorgen ist es nur die entschlossene Kampfstellung der Arbeitermassen, die den Weltfrieden noch erhalten, den drohenden Weltbrand noch hinausschieben kann.“

Das Manifest von Basel

Die Balkankriege im Herbst 1912 zeigten schließlich, daß ein allgemeiner Weltbrand jeden Augenblick ausbrechen konnte. In diesem Augen-

jenem unglückseligen August 1914, als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Kriegskredite bewilligte, Flasko gemacht. Die II. Internationale brach zusammen. Diese Katastrophe erscheint um so unfaßbarer, als die Massen in allen Ländern, auch in Deutschland, bereit waren, der Antikriegspolitik von Basel zu folgen. Dies trat bei der letzten gemeinsamen Mäifeier der deutschen Schaffenden im Jahre 1914, unmittelbar vor Ausbruch des Krieges, noch deutlich hervor. Dies zeigte sich auch in den riesigen Demonstrationen gegen den Krieg, die sich Ende Juli 1914 durch die deutschen Großstädte bewegten. Nicht die Massen haben versagt, die Führung war ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Alles Elend, was folgte, kommt aus diesem Versagen.

Nur einer blieb aufrecht: Karl Liebknecht. Schon am ersten Kriegsmaitag 1915 erschien das später geschichtlich gewordene Mäiflugblatt aus seiner Feder: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land.“ Am 1. Mai 1916 tönte die Stimme dieses einzelnen Mannes über alle Fronten hinweg, als er auf dem Potsdamer Platz vor tausenden Berliner Arbeiter sein „Nieder mit dem Krieg!“ schrie.

Die II. Internationale war tot. Aber die Arbeiterbewegung, der Gedanke der internationalen Solidarität, lebte. Freilich, er hatte noch eine lange Leidenszeit vor sich. Wäh-

An die Arbeiter aller Länder

Ein Aufruf des Weltgewerkschaftsbundes

Paris (Südena). Zum 1. Mai richtet der Weltgewerkschaftsbund an alle Arbeiter in der ganzen Welt einen Appell.

Der Weltgewerkschaftsbund wurde unmittelbar nach dem Siege der Alliierten gegründet. In ihm hat sich bis jetzt der weitaus größte Teil aller Hand- und Kopfarbeiter der ganzen Welt zusammengeschlossen. Der Einfluß des W.G.B. ist in ständigem Wachsen begriffen, und die Rolle, die er spielt, gewinnt immer mehr an Bedeutung, obwohl der W.G.B. in der UN auf zahlreiche Hindernisse gestoßen ist. Der W.G.B. hat sich bei der UN dafür eingesetzt, daß die entsprechenden Voraussetzungen für eine Stabilisierung des Friedens und für die Verteidigung der Interessen der Arbeitermassen geschaffen werden. Anlässlich des 1. Mai fordert der W.G.B. alle ihm angeschlossenen Organisationen auf, alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel im Kampf gegen die Reaktion einzusetzen, um eine hundertprozentige Verteidigung der legitimen Interessen und Rechte der Arbeiter zu gewährleisten.

Außerdem fordert der W.G.B. diese Organisationen auf, die Anwendung folgender Prinzipien zu verlangen:

Ende der Ausbeutung der Arbeiterschaft und der sozialen und wirtschaftlichen Diskriminierung in allen auftretenden Formen.

Übereinstimmung von Lohn und Arbeit.

Rede-, Versammlungs-, Presse- und Vereinsfreiheit.

Wirkliche Entnazifizierung Deutschlands und Demokratisierung Japans.

Kampf gegen jede Form von Faschismus

Zum Abschluß dieser Proklamation wird an alle Arbeiter ein Appell gerichtet, sich den 71 Millionen Mitglieder des W.G.B. anzuschließen, die für die Demokratie und für den Frieden kämpfen.

rend der Weimarer Republik demonstrierte das deutsche Arbeitertum infolge der Zwistigkeiten der Führung getrennt. Genau so, wie seine Vertreter getrennt Politik machten. Das Ergebnis war das Erstarken der Reaktion. Als deren Vertrauensmann und Beauftragter Hitler die Macht an sich riß, war es vorbei mit Maidemonstrationen, vorbei mit internationaler Solidarität, und wie sich sehr bald herausstellte, auch vorbei mit dem Frieden. An die Stelle der Maidemonstrationen traten bombastische Paraden, die Heerschauen am Vorabend eines Krieges glichen und es auch sein sollten. Auch der 1. Mai wurde unter das Zeichen der Rüstung zum Kriege gestellt.

Und der Krieg kam. Kam mit all seinen Schrecken, von denen keiner sich vorher eine rechte Vorstellung machte, mit Verbrechen, wie sie sich keine Phantasie ausmalen konnte. Das deutsche schaffende Volk fand nicht mehr die Kraft, sich von dem Kriegswagen Hitlers, an den es gekettet worden war, frei zu machen. Erst die totale Niederlage des Hitlerregimes befreite auch die deutsche Arbeiterschaft.

Die besondere Aufgabe der deutschen Werktätigen

Diese Tatsache stellt am 1. Mai die deutsche Arbeiterschaft vor eine besondere Aufgabe. Die Schaffenden des deutschen Volkes müssen künftig im 1. Mai einen Kampftag für den Frieden in der Welt sehen und für die Vernichtung aller Kriegsinteressen.

Das heißt, sie müssen sich geloben, in Zukunft den schärfsten Kampf zu führen gegen jede Verunglimpfung und Verachtung fremder Völker und gegen jeden Rassenhaß.

Sie müssen auftreten gegen jede imperialistische Kriegshetze.

Sie müssen sich verpflichten, nicht nur die Kriegsverbrecher zu bestrafen, sondern die Reaktion aus allen Stellungen zu werfen, die ihr zur Vorbereitung eines neuen Weltkrieges dienen können.

Nur durch Zerschlagung der wirtschaftlichen Macht des Monopolkapitalismus und die Verwirklichung einer sozialistischen Ordnung auf der Grundlage einer freien Demokratie ist es möglich, die Quellen künftiger Kriege zu verstopfen.

Nur so wird das deutsche Volk den Beitrag zur internationalen Solidarität der Schaffenden der ganzen Welt leisten, den die Völker der Erde nach dem fürchterlichen Elend, das der Krieg Hitlers über sie brachte, erwarten dürfen.

Walden



Käthe Kollwitz (1867-1945)

(Nach einer unveröffentlichten Originalzeichnung.)

beruhte, trat in eine neue Phase ein. Bereits nach der größten Weltwirtschaftskrise von 1873 hatte das Wachsen der Kartelle und Truste eingesetzt, die erst langsam, dann in immer rascherem Tempo das Gesicht der Wirtschaft änderten. Nach der Wirtschaftskrise von 1900 bis 1903 werden die Kartelle die Träger des Wirtschaftslebens. An die Stelle des Kapitalismus der freien Konkurrenz tritt der Monopolkapitalismus. Damit ist das kapitalistische System in seinem Höchst- und gleichzeitig seinem Endstadium angelangt.

Das außenpolitische Gesicht des Monopolkapitalismus heißt Imperialismus. Die Gegensätze innerhalb der verschiedenen kapitalistischen Gruppen werden immer größer und komplizierter, und der Klassenkampf verstärkt sich infolgedessen auf das äußerste. Die Aufteilung der Welt, die sich während der ersten Ära des Kapitalismus und mit den Methoden des Konkurrenzkampfes vollzog, war zu Ende. Es beginnt der Kampf um die Absatzmärkte und Rohstoffvorkommen, d. h. um die Neuaufteilung der Erde. Infolgedessen folgt seit der Jahrhundertwende eine große politische Krise der anderen, und die Zwischenstadien werden zu immer kürzeren, immer unruhigeren Atemphasen, in denen fieberhaft gerüstet wird.

Das Monopolkapital zieht aus der allgemeinen Aufrüstung immer größere Gewinne. Es ist gleichmäßig interessiert in der Erhaltung einer stets möglichst akuten Kriegsgefahr, die die Staaten zu immer neuen Rüstungsaufträgen veranlaßt, wie am Kriege selbst, durch den es neue Märkte, neue Finanzbeteiligungen, bessere Absatzmöglichkeiten und Rohstoffquellen erobern will. Zu diesem Zweck erzeugt das Monopolkapital einen blinden und gehässigen Chauvinismus und Nationalismus.

Diese Entwicklung hatte der Brüsseler Kongress der Internationale klar und hellsichtig vor-

blick trat ein außerordentlicher Kongress der Internationale in Basel (24. und 25. November 1912) zusammen und wandte sich in einem berühmt gewordenen Manifest an alle Völker, das die Grundgedanken der am 1. Mai gefeierten internationalen Solidarität in neuen, besonders eindringlichen Worten zusammenfaßte. Dieses Manifest, das ein für alle Zeiten bedeutsames geschichtliches Dokument darstellt, fordert die sozialdemokratischen Parteien aller Länder auf, ihre Aktion gegen den Krieg mit allen ihnen zweckdienlich scheinenden Mitteln fortzusetzen. Ein Krieg wegen eines serbisch-österreichischen Streites wird als „verbrecherischer Wahnsinn“ abgelehnt.

„Der Kongress stellt fest, daß die ganze sozialistische Internationale in ihren Grundsätzen über die auswärtige Politik einig ist. Er fordert die Arbeiter auf, dem kapitalistischen Imperialismus die Kraft der internationalen Solidarität des Proletariats entgegenzustellen.“

Es handelt sich in diesem Manifest nicht um irgendeinen „abstrakten“ Kriegsfall, nicht um einen der üblichen pazifistischen Aufrufe gegen den Krieg „an sich.“ Mit fast atemberaubender Klarheit werden in ihm vielmehr auf Grund der Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus die Kräftekonstellation und der Verlauf des ersten Weltkrieges vorausgesagt und den sozialdemokratischen Parteien ganz bestimmte Anweisungen gegeben, nämlich im Sinne der Kongresse von Stuttgart und Kopenhagen und im Geiste der internationalen Solidarität, für die die Arbeiterschaft seit Jahrzehnten am 1. Mai demonstrierte, mit allen Mitteln den Ausbruch des Krieges zu verhindern oder die durch ihn herbeigeführte Krise zur Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu benutzen.

Die politische Führung der Massen hat an

Synagogenschänder vor dem Richter

Gefängnisstrafen für die Ausschreitungen in Kuppenheim und Malsch

Baden-Baden. Unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Stritt wurde am Donnerstag der Prozess gegen den ehemaligen Kreisfeuerwehrwart Roth, den SA-Sturmführer Karl Bach und weitere 6 Angeklagte wegen schweren oder einfachen Landfriedensbruch, sowie im Falle Roth außerdem noch wegen Beihilfe zu Brandstiftungen durchgeführt.

Allen Angeklagten wurde zur Last gelegt, sich am 10. November 1938 an Ausschreitungen gegen Juden in Kuppenheim und Malsch beteiligt zu haben. Die Rädelsführer und eigentlichen Akteure dieser „spontanen Volkserhebung“ saßen noch nicht auf der Anklagebank. Die meisten von ihnen befinden sich in der Haft der Besatzungsmächte oder sind bereits abgeurteilt.

Die Angeklagten, die jetzt vor der Strafkammer des Landgerichts standen, waren bis dahin unbestraft. Als SA-Leute waren sie jedoch systematisch dazu erzogen worden, jeden Befehl widerspruchslos auszuführen.

So kam es denn auch am 10. November 1938 zu jener Schandtat, die nun ihre Sühne fand.

Der damalige Kreisfeuerwehrführer Karl Roth wurde — von wem, das weiß er selbst nicht mehr — nach Kuppenheim beordert, denn man brauchte einen Spezialisten für feuerlöschtechnische Fragen; nicht etwa, um einen Brand zu bekämpfen, sondern nur, um von ihm zu hören, ob es möglich sei, die Synagoge anzuzünden, ohne die Nachbarhäuser zu gefährden. Bezeichnend für die ganze Aktion war der Befehl für alle Beteiligten, in Zivil zu erscheinen. Sie hatten nur „wild gewordenen Volk“ zu markieren.

Durch Anrufe wurden der SA-Sturm Gagganau unter Führung des Angeklagten Bach sowie der SA-Sanitätssturm unter Leidig nach Kuppenheim beordert. Unter dem Rathausbogen trafen sich die Führer der Aktion. Dort wurde auch mitgeteilt, daß laut höchsten Befehl die Synagoge in die Luft gehen müsse. Wenn man sich verzehe, daß die Synagoge in Kuppenheim unmittelbar neben Wohnhäusern stand, so daß durch überschlagende Flammen leicht ein zweites Oesechibronn hätte entstehen können, kann man am besten die Verantwortungslosigkeit der an der Brandstiftung Schuldigen ermessen. Mit Ausnahme von Roth, dem schuldhaften Unterlassung als Beihilfe zur Brandstiftung zur Last gelegt wurde, hatten alle Angeklagten nicht direkt mit dem Brand zu tun.

Es ist geradezu grotesk: Die Feuerwehr erscheint schon vor Ausbruch des Brandes, legt die Schlauchleitungen aus, löscht aber erst, als die Synagoge nicht mehr zu retten ist. Als sich ein Kuppenheimer, in Sorge um sein Häuschen, an Roth wendet und ihm das verbrecherische Tun vorhält, schickt dieser ihm mit einem „Halt's Maul, das geht dich nichts an“ weg.

Roth wie auch die andern Angeklagten, beteiligten sich dann an Hausdurchsuchungen nach Waffen. Von Bach eingeteilt, begaben sich ein-

zele SA-Truppe in die Wohnungen von Juden. Dabei ging es dann auch wüst zu. Eine 84-jährige Jüdin wurde auf den Kopf geschlagen, weil sie in ihrer Vergeßlichkeit nicht gleich den Schlüssel zum Panzerschrank finden konnte. Die Schränke und Schubladen wurden durchgewühlt und der Inhalt auf den Boden verstreut. Geldbeträge wurden entwendet. Wenn diese Ausschreitungen auch von Bach ausdrücklich verboten worden waren, so sah ihn das Gericht doch für den Verantwortlichen an, der die Befehle erteilte, und die Truppe eingeteilt hat. Bei diesen Ausschreitungen tat sich SA-Sanitätssturmführer Leidig hervor, der sich noch in französischer Haft befindet.

In Malsch trafen die Angeklagten dann ähnliche Verhältnisse an. Der Synagogenbrand war schon bestens vorbereitet, Kleinholz im Innern des Gotteshauses aufgestapelt, und innerhalb kurzer Zeit brannte die Synagoge dann auch nieder. Roth, das erkannte das Gericht an, beteiligte sich

an den Läschmaßnahmen aktiv. Auch in Malsch erfolgten Hausdurchsuchungen nach Waffen und auch dort kam es zu Ausschreitungen.

Der Staatsanwalt verwies in seiner Anklage- rede auf das Unmenschliche dieser Aktion, auf den Schaden, der dem deutschen Volke durch diese „spontane Volkserhebung“ im Ausland entstanden ist. Für jene Taten müßten alle Beteiligten, deren man habhaft werden kann, büßen, auch wenn sie heute von ihrer damaligen Handlung abgedrückt seien.

Nach längerer Beratung fällt das Gericht folgendes Urteil: Karl Roth, 2 Jahre Gefängnis wegen fortgesetzten Landfriedensbruch, schweren Hausfriedensbruch und Beihilfe zur Brandstiftung in einem Falle. Wegen Landfriedensbruch erzielten Gefängnisstrafen: Karl Bach 1 Jahr 4 Monate Gefängnis, Kurt Lohr 1 Jahr Gefängnis, Adolf Holl 10 Monate, Ludwig Frank 10 Monate, Otto Merkel 6 Monate, Wilhelm Warth 4 Monate, Fritz Walz 3 Monate Gefängnis.

... und in Rastatt

Brandstiftung, Plünderung, Mißhandlungen

Baden-Baden. Am Freitag vormittag befaßte sich die Strafkammer des Landgerichts Offenburg Zweigstelle Baden-Baden, wieder mit Ausschreitungen, die im Zusammenhang mit der Judenverfolgung am 10. und 11. November in Rastatt begangen worden sind.

Im ersten der insgesamt vier Fälle, die heute behandelt wurden, wurde die Angeklagte Lydia Schneider aus Rastatt zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Schneider, die damals erst 18 Jahre alt war, gab ihrem Freund, dem SS-Untersturmführer Frick eine Kanne mit Benzin. Frick verwandte es dazu, um die im Hof vor der Synagoge zusammengetragenen Teppiche, Vorhänge, Bücher und dergl. zu übergießen und wehrscheinlich auch anzuzünden.

Frau Stähler und Frau Adrion mußten ebenfalls ihre Teilnahme an den Untaten des berüchtigten 10. November 1938 mit einem Denkzettel büßen. Beide begaben sich aus Neugier zur Synagoge und als die Stähler, wie sie behauptet, sah, wie Geschirr, das sich in einem Vorrat der Synagoge befand, sinnlos von Halbwüchsigem zerschlagen wurde, bot sie „großzügig“ der Adrion davon an. Diese nahm es, bedankte sich dafür noch bei der Stähler, und brachte die Tassen, Untertassen und Löffel nach Hause. Dafür wurde nun Frau Stähler zu 10 Monaten Gefängnis und Frau Adrion zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Als die anfänglich des Judenprogramms im Rastatter Gefängnis eingesperrten Juden Rastatts und der näheren Umgebung vom Gefängnis aus zum Bahnhof zum Abtransport nach Dachau geführt wurden, kam es auf dem Bahsteig zu ganz üblen Mißhandlungen der Juden. Hieran beteiligten sich „aus mehr oder weniger „politischen“ Motiven auch die Angeklagten Franz Kiefer

und Alfred Bauer. Das Gericht verurteilte den Kiefer und Bauer zu je 9 Monaten Gefängnis.

Den schlechtesten Eindruck aller bisher in diesem Zusammenhang erschienenen Angeklagten machte im darauffolgenden Prozeß Josef Geiger, der als Judenhasser bekannt und wegen seiner Beziehung zur Gestapo allgemein gefürchtet war. So ging denn auch das Gericht über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und verurteilte Geiger zu einem Jahr Gefängnis.

Wie Thälmann ermordet wurde

Dachau. (Süden.) Ueber die Ermordung des KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann, der am 28. August 1944 bei einem Fliegerangriff auf das KZ Buchenwald umgekommen sein soll, berichteten am Dienstag in Dachau ehemalige Buchenwälder Häftlinge bei einer Pressekonferenz. Die früheren KZ-Häftlinge bestätigten durchweg, daß am 28. August überhaupt kein Fliegerangriff auf Buchenwald stattgefunden hat und Thälmann niemals als Häftling in Buchenwald war. Der tschechoslowakische Staatsangehörige Ladislav Stisar erklärte ferner, Thälmann sei bis Mitte August 1944 im Gefängnis von Bauzen in Einzelhaft gehalten worden. Der Pole Marian Zgoda, der im Buchenwälder Krematorium als Leichenträger Dienst tun mußte, berichtete über die Ermordung Thälmanns. Durch ungewöhnliche Vorbereitungen der SS aufmerksam gemacht, habe er in der Nacht vom 17. auf den 18. August 8 SS-Männer, darunter den Adjutanten Hans Schmidt und den Stabschef Wolfgang Otto, die beide im Buchenwald-Prozeß angeklagt sind, beobachtet, wie sie das Krematorium betreten.

Zehn Minuten nach Mitternacht sei ein Personenwagen angekommen, den zwei Zivilisten verließen, die eine dritte Person bewachten. In dem Augenblick, als die bewachte Person das Wachgitter passierte, hörte Zgoda nach seiner Schilderung drei Schüsse und drei Minuten später einen vierten Pistolenschuß. 20 oder 25 Minuten später hätten die SS-Männer das Krematorium verlassen, wobei der versteckt liegende Zeuge einen Vorbeigehenden sagen hörte: „Das war Thälmann.“

Am nächsten Morgen, so fuhr Zgoda in seiner Darstellung fort, habe man in dem Ofen des Krematoriums außer der Asche nur eine ausgeblühte Taschenuhr gefunden. Aus der Farbe der Asche, die dunkler als in der Regel gewesen sei, habe man festgestellt, daß der Tote in seiner Kleidung verbrannt worden sei.

An die Arbeiter, Bauern und Geistesschaffenden Deutschlands

Für die sozialistische Einheit

Ein Aufruf der deutschen Kriegsgefangenen des Lagers La Valette

La Valette, im Frühjahr 1947

Die zwölf Jahre Naziherrschaft haben unseren Namen mit Schmutz und Schande überzogen. Die Entwicklung der Weimarer Republik hat uns gezeigt, wie systematisch diese unerhöht wurde. Schon bei deren Geburt wurde der Keim des militaristisch-faschistischen Gedankens in sie gelegt. Die Außerachtlassung der absoluten Enteignung aller Trust- und Monopolkonglomerate und der Großgrundbesitzer waren mit der Voraussetzung, auf denen die deutschen Plutokraten mit Hilfe ihrer damals angesammelten Kriegsgewinne den neuen Weltbrand 1939 vorbereiteten. Das Versagen verschiedener Arbeiterführer führte zum Getrenntmarschieren der Arbeiterparteien. Entwicklungsmäßig waren die Voraussetzungen für die demokratisch-sozialistische Gesellschaftsordnung schon seit Beginn der imperialistischen Periode, also seit 1900, überreif. Aus dieser Erkenntnis heraus treten heute sogar die bürgerlich-demokratischen Parteien auch für den Sozialismus auf, um dem Druck der noch in ihren Reihen befindlichen Arbeiter der christlichen Gewerkschaften. Bei der Durchführung der absolut notwendigen Sofortmaßnahmen gegen diese Trustmagnaten beschränken sie sich auf die Sozialisierung nur der Schlüsselindustrie, Fertigungsindustrie, d. h. Auto-, Textil- und Metallindustrie wie Robert Bosch A.-G. könnten weiterhin als Brutellen kapitalistisch-faschistischer Willkür belassen sein.

Die formale, kapitalistisch-repräsentative Demokratie haben wir kennen- und sehen gelernt bei Betrachtung unserer vergangenen Weimarer Demokratie und anderer demokratischer Verfassungen in demokratischen Ländern. Wir haben erkannt, daß es bei dieser Form den kapitalistischen Mächtegruppen ein Leichtes ist, wieder die demokratischen Spielregeln mit Hilfe ihres Geldes — gegen die Interessen der Mehrheit des Volkes — zu lenken.

Durch die Niederlage des Faschismus hat der Kapitalismus einen schweren Schlag erhalten. Die uns zugehenden Nachrichten zeigen uns jedoch, daß die Herren von gestern beginnen, sich wieder arrogant zu erheben. Sie sind also noch nicht endgültig geworfen. Ganz im Gegenteil wittern diese Kreise schon wieder Morgenluft.

Es beginnt eine Erscheinung wie nach 1918 in Deutschland sich abzeichnen.

Um die Pläne dieser kapitalistischen Kriechtreiber im Keime zu ersticken, stellen wir als das dringendste Gebot der Stunde die Bildung der sozialistischen Einheit als absolute Notwendigkeit fest. Diese Einheitsbildung aller Arbeiter, Bauern und Geistesschaffenden ist die Voraussetzung um ein nochmaliges Schuldwerden unserer Generation vor dem Forum der Geschichte zu vermeiden. Wir überlebenden Kriegsgefangenen fordern alle sozialistischen Freunde, alle Werktätigen auf, sich zu einer sozialistischen Einheitspartei zu vereinigen. Nur so entsprechen wir den geschichtlichen Notwendigkeiten und verkürzen den Golgathaweg des Proletariats.

Zu diesem Zweck bildet allüberall mit den aktivsten, besten Arbeitern, Bauern und Geistesschaffenden Einheitskomitees, Aktionskomitees und Arbeitsgemeinschaften bei gleichzeitiger Einbeziehung unserer Jugend mit dem Ziel der Bildung der Sozialistischen Einheitspartei. Nur der einheitlich zusammengefaßte Massenwille, Massensturm der Tat vermag der demokratisch-sozialistischen Gesellschaftsform in Deutschland realen Inhalt und Gestalt zu geben. Das mahnen uns Überlebende die Millionen auf den Schlachtfeldern Gefallenen, die zu Krüppel Geschostenen, die Abertausend besten Deutschen, die in den Konzentrationslagern bestialisch umgebracht wurden. Das mahnen uns unsere unter den Trümmern erschlagenen und begrabenen Frauen, Mütter, Schwestern und Kinder. Sie sind Rufer und Mahner für uns, zur Bildung der Sozialistischen Einheitspartei. Für ein demokratisch-sozialistisches Deutschland, für Frieden, Freiheit und sozialem Wohlstand für ein freies Europa, für den Sozialismus der Tat!

Für die sozialistische Arbeitsgemeinschaft des Dépot 153 La Valette die Kriegsgefangenen: Adrion Herbert, Hamburg (partellos); Brandt Erich, Berlin (SPD); Burckhardt Emil, Baden-Baden (partellos); Erfurt Georg, Erfurt (KPD); Frey Georg, Stuttgart (KPD); Himmeler Arthur, Wilhelmshaven (SPD); Kreim Karl, Oer-Naues (partellos); Kübler Otto, Ludwigshafen (partellos); Scholz Max, Berlin (partellos); Weißheit Arthur, Mühlhausen (partellos).

Die Bauern und der 1. Mai

Vom Jahre 1890 an, das sind nunmehr 57 Jahre, feierten die Arbeiter Europas den 1. Mai in machtvollen, von Mai zu Mai anwachsenden Demonstrationen, nachdem dieser Gedanke schon einige Jahre vorher in Amerika, und zwar im Jahre 1866, Wirklichkeit geworden war. Auf der ganzen Welt demonstrierten die Schaffenden für die Erfüllung ihrer Forderungen, deren beherrschendste die des achtstündigen Arbeitstages war.

Nach den zwölf Jahren eines in Chaos und Not, Trümmern und Tränen untergegangenen, von beispiellosem Entsetzen erfüllten bürokratischen Regimes, während dessen Herrschaft die Feiern des 1. Mai nur eine niederträchtige Verdrehung in ihr Gegenteil bedeuteten, begehen wir wieder den 1. Mai. Aber es ist ein anderer 1. Mai als man ihn früher feierte, er wuchs über seine Bedeutung hinaus. Aus dem Feiertag der Arbeiter ist der Feiertag aller Schichten des schaffenden Volkes geworden. Neben den Arbeitern stehen die Angehörigen aller anderen Berufe, stehen die Junggehallten und Beamten, die Frauen und die Jugend, steht die werktätige Intelligenz, vor allem aber der schaffende Mensch des Landes, der den entscheidenden, großen Teil unseres Volkes darstellt, der Bauer.

Die Erkenntnis, daß die Sache der Arbeiter auch die Sache der Bauern ist, begann sich bereits vor 1933 mehr und mehr auszubreiten. Des Arbeiters Not ist des Bauern Tod — das ist die sinnfällige Ausdeutung eines Zustandes, den gerade der bäuerliche Mensch in den Krisenjahren an eigenen Leib zu spüren bekam. Damals bereits waren es die politisch fortschrittlichsten Arbeiter, die diese Erkenntnis ihrerseits in die Tat umzuwandeln suchten. Und so setzten sie sich für die Unterstützung der wirklich notleidenden Klein- und Mittelbauern ein, an die sonst niemand im Staat dachte, während der junkerliche Großgrundbesitz die Milliarden der Subventionen schückte. Die Arbeiter waren es auch, die aus der Stadt aufs Land hinausgingen, agitierend und aufklärend wirkten und nicht selten durch ihr Auftreten eine drohende Zwangversteigerung zu verhindern und aufzuschieben wußten. In vielen Dörfern waren die Arbeiter aus den Betrieben gern gesehene Gäste, mit denen die Bauern ihre Nöte besprachen. Was lag da näher, als auch die Feste gemeinsam zu feiern? Und so verband man die erhebende Feier auch am 1. Mai Dorf und Stadt und gab ihnen Kraft zu weiterer gemeinsamer Arbeit.

Was damals Stückwerk war, das ist heute in einem beispiellosen, Tempo Wirklichkeit geworden. Durch das Werk der Bodenreform in der Ostzone ist dort die kriegstreibende und wider-natürliche Macht der Großgrundbesitzer gebrochen worden haben unzählige tausende von Bauernfamilien Land und Heimat gefunden. In den Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe haben sich die Alt- und Neubauern eine mächtige, demokratische Organisation geschaffen, deren se-

genreiche Tätigkeit sich bereits spürbar im Interesse der Bauernschaft auszuwirken beginnt.

Auch bei diesem Werk haben die Arbeiter entscheidend Pate gestanden. Sie beschränkten sich jedoch nicht allein auf diese Unterstützung, sondern gingen daran, die für das Dorf so notwendige praktische Hilfe des Tages zu organisieren. In den Betrieben wurde unverzüglich mit der Herstellung von Feld- und Ackergeräten begonnen, Reparaturkolonnen wurden aufgestellt, die landwirtschaftlichen Maschinen instandsetzten. Den tatkräftigen Anregungen der Gewerkschaften und antifaschistischen Parteien entsprang die immer systematischer werdende Unterstützung der Neubauern, denen die besondere Hilfe des Augenblicks gelten muß. Eine ständig wachsende Anzahl von Betrieben übernimmt Dorfpflichten. In ihrer Freizeit ziehen die Werktätigen der Stadt hinaus, um den Werktätigen des Dorfes bei ihrer Arbeit zu helfen. Wir stehen in einer großen Zeitanwendung. Ein tiefer Strukturwandel geht durch das ganze Volk. Auch die Bauern feiern diesmal den 1. Mai. Sie bekunden damit ihren Willen zur Durchführung der Bodenreform in ganz Deutschland. Der schaffende Mensch, durch die Not belehrt, durch das Leid geäußert, begreift den tiefen Sinn der großen Aufgabe, die uns das allenthalben wieder erwachende Leben stellt: In brüderlicher, gegenseitiger Hilfe aus dem Elend zu einer schöneren, lichtereren Zukunft! Ihr zu dienen, in ihr im friedlichen Einvernehmen mit allen Völkern zu leben, geloben am heutigen 1. Mai, dem Feiertag aller Schaffenden in Stadt und Land, auch die Bauern.

Der Bauer von heute, ist nicht mehr der mehr oder weniger versteckte Fronknecht des feudalen Herrn. Und so ist auch der 1. Mai heute nicht mehr eine Angelegenheit der Industriearbeiter allein, neben diesen steht der Landmann. Wo diese beiden ihr Schutz- und Trutzbündnis geschlossen haben, da können die dunklen Mächte von gestern nicht mehr triumphieren.

Bodenreform Ost-West

Berlin. Der Landtag des Landes Schleswig-Holstein hat die Entsendung einer Kommission zum Studium der Bodenreform nach der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands beschlossen.

Mitbestimmungsrecht in öffentlichen Betrieben

Offenbach. Durch eine zwischen dem Gesamtbetriebsrat der Stadtverwaltung von Offenbach a. M. und dem Oberbürgermeister abgeschlossene Betriebsvereinbarung ist das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in den städtischen Ämtern und den Betrieben der Stadtverwaltung festgelegt. Nach dieser Vereinbarung erläßt der Oberbürgermeister Verfügungen in Betriebsangelegenheiten nur mit Einverständnis des Betriebsrates.

SPORT-ECHO

Süddeutsche Fußballmeisterschaft

Die Spiele am 27. April

VFR Mannheim — BO Augsburg 1:0; Stuttgarter Kickers — 60 München 4:0; TSG Ulm — VfB Stuttgart 1:0; VfL Neckarau — 1. FC Nürnberg 2:1; Schwaben Augsburg — Viktoria Aschaffenburg 1:0; Eintracht Frankfurt — SV Waldhof 0:1; SpVgg Fürth — Kickers Offenbach 0:0; FC Schweinfurt — Karlsruher FV 0:1; Phoenix Karlsruhe — 1. FC Bamberg 2:1; Bayern-München — FSV Frankfurt 4:1.

Der Stand der Tabelle

1. FC Nürnberg	26	19	5	2	43:9
60 München	29	14	8	5	36:18
Stuttgarter Kickers	27	15	6	6	32:20
Schwaben Augsburg	26	15	5	6	32:20
Eintracht Frankfurt	26	10	11	5	31:23
Kickers Offenbach	27	12	7	8	31:23
SV Waldhof	26	13	4	9	30:23
VfB Stuttgart	26	12	6	8	30:23

Die Spiele der Zonenliga

Gruppe Nord: 1. FC Kaiserslautern — TUS Neuendorf 1:1; Mainz 05 — FSV Trier-Küers 2:0 (1:0); Gruppe Süd: VfL Schwanningen — SV Biberach 1:1 (0:0); SpV Offenburg — SV Rastatt 3:1 (1:1); SpVgg Friedrichshafen — VfL Freiburg 3:1 (1:1); VfL Konstanz — SSV Reutlingen 2:1 (1:0).

Gruppe Nord

1. FC Kaiserslautern	13	11	1	1	23:13
1. FC Saarbrücken	11	6	3	1	14:8
Mainz 05	12	5	4	3	12:10
Wormatia Worms	12	6	1	5	13:11
Phoenix Ludwigshafen	12	5	1	6	21:13
VfB Neunkirchen	12	3	4	5	10:14

TUS Neuendorf

TUS Neuendorf	12	5	3	4	8:16
VSV Trier-Küers	11	1	1	9	5:11

Gruppe Süd

VfL Konstanz	12	8	2	2	18:6
SpVg Friedrichshafen	10	6	3	1	14:6
SpV Offenburg	12	5	4	3	14:10
SSV Reutlingen	10	6	1	3	12:7
VfL Schwanningen	12	5	1	6	12:11
SV Rastatt	11	3	3	4	2:13
VfL Freiburg	10	1	3	6	4:16
SV Biberach	11	1	2	8	4:18

Europas größtes Stauwerk-Projekt

Dem französischen Ministerium für industrielle Produktion liegt ein gigantisches Projekt, dessen Durchführung Frankreichs gegenwärtige Erzeugung an elektrischer Wasserkraft um 10 Mrd. KWH steigern, also annähernd verdoppeln würde. Das Projekt gilt dem Zentralmassiv Frankreichs, das infolge seiner geologischen Struktur und seiner Wasserverhältnisse für den Ausbau der Elektrizitätswirtschaft die erste Stelle einnimmt. Im Tal der Allier, nördlich der Stadt Langogne, soll durch eine 170—180 m hohe Staumauer ein Stausee von 25 km Länge und 5 km Breite gebildet werden, der eine Wassermasse von 5 416 000 cbm fassen und die Erzeugung von 10 Mrd. KWH ermöglichen würde. Die Stadt Langogne und 10 Dörfer, die überflutet würden, sollen an anderer Stelle wieder aufgebaut werden.

Selbsthilfe der Werktätigen

Wirtschaftspolitik ist Sache der fortschrittlichen Kräfte des Volkes

Man hört heute oft die Frage, ob es sich unter den gegebenen Verhältnissen eigentlich lohne, wenn wir Deutschen uns Gedanken über neue Wege der Wirtschaftspolitik machen. Diesen mühen Zweifeln, die sich selbst eher aufgeben wollen, als zu handeln, sagen wir: Jawohl. — es lohnt sich nicht nur, sondern wir müssen uns auch darüber klar sein, daß uns niemand hilft und helfen kann, wenn wir uns nicht selbst am eigenen Schopf aus dem Sumpf herausziehen, in den uns die verbrecherische Politik unserer Imperialisten hineingeworfen hat. Der Krieg brachte alle beteiligten Völker nahe an den Abgrund und die mittelbar betroffenen Länder haben mehr oder weniger schwere Schädigungen ihres Wirtschaftslebens erlitten.

Lage der Weltwirtschaft

Die Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung hat durch den Krieg die Produktion in der ganzen Welt aus allen Fugen gehoben, und die Wirtschaftskrisen haben sich aufs äußerste verschärft. Die kapitalistischen Länder lassen sich heute in zwei Gruppen gliedern, in Ueberproduktionsgebiete, bei denen Amerika an der Spitze steht, und in Unterproduktionsgebiete. Zu diesen gehört besonders das vom Krieg am stärksten heimgesuchte Europa. In USA, Kanada, Australien und in anderen britischen Dominions wird ein neuer Produktionsapparat mit hoher Kapazität aufgebaut. Das während des Krieges akkumulierte Kapital sucht hier neue Möglichkeiten produktiver Anlage. Dagegen sind die industriellen Anlagen der Unterproduktionsländer stark abgenutzt, sie erzeugen nur einen Bruchteil des Bedarfs ihrer Völker, und die Kaufkraft der breiten Massen ist durch Währungsverfall und Inflationsgefahr im Schwinden. Da auch in den produktions- und kapitalstarken Ländern, wie z. B. USA, der nach dem Krieg einsetzende Güterausstoß, bei absinkendem Lohnniveau, trotz großen Kaufkräften, nicht aufgenommen werden kann, sind sie auf den Export angewiesen. In den Unterproduktionsländern müssen sie aber erst den Absatzmarkt finanzieren, was diese Länder und die große Masse ihrer Werktätigen immer weiter unter das Diktat des amerikanischen Finanzkapitals zwingt. England, das früher seine Einfuhren aus dem im Ausland angelegten Kapital bezahlen konnte, hat einen großen Teil dieser Auslandsguthaben im Krieg verausgabt, ist an die USA und an die britischen Dominions verschuldet, und erstrebt mit allen Mitteln eine Exporterhöhung, welche um 75 Prozent des Vorkriegsstandes gesteigert werden soll. Neben diesen um ihre Existenz kämpfenden kapitalistischen Wirtschaften steht das sozialistische Rußland, das im Krieg seine Bewährungsprobe bestand und dessen Volkswirtschaft seine Krisenfestigkeit in der Weltwirtschaft bewiesen hat. Die Krisenzustände auf den Weltmärkten werden es in seinem Aufbau nicht stören. Die USA üben den stärksten Einfluß auf die Mehrzahl der kapitalistischen Länder aus, weil sie die größten kapitalistische Wirtschaftsmacht der Erde geworden sind. Schwere Wirtschaftskämpfe beginnen den Wirtschaftskörper der USA zu erschüttern; sie können sich auf andere kapitalistische Länder ausdehnen, und die wirtschaftspolitischen Probleme Amerikas werden sich zu Weltproblemen entwickeln.

Deutschland braucht Fortschritt

Inmitten dieser unter schwersten Erschütterungen stehenden Neugestaltung der Weltwirtschaft und der Auseinandersetzung der Arbeiterklasse mit dem Weltkapitalismus steht das in Trümmern geschlagene Deutschland. Wir sehen, daß wir den Neuaufbau unserer Wirtschaft nicht auf die Hilfe des Auslands abstellen können, das selbst in schwerem Ringen um seine wirtschaftliche Existenz liegt. Wir müssen uns schon auf die eigenen Füße stellen, wenn wir leben wollen. Auch sehen wir uns darüber klar, daß unsere künftige Entwicklung mit derjenigen der Welt Schritt halten muß, kein Ballast und keine reaktionäre Gefahr für die anderen Völker sein darf.

Ein Zurückfallen in frühere Produktionsbedingungen bedeutet Rückschritt in eine überholte Gesellschaftsordnung, und ist der Förderung der Reaktion gleichzusetzen. Das Ausland hat ebenso wie wir selbst erkannt, daß Deutschland kein Kartoffelacker werden darf, sondern Industrie- und Mittelbetriebe als ausschließlicher Betriebsform zurückzugreifen. Der Akkumulierungsprozeß der Arbeit ist in Deutschland ebenso fortgeschritten, wie es derjenige des Monopolkapitals war, und hat mindestens denselben Entwicklungszustand erreicht, wie in anderen Ländern. Ein Zurückschrauben auf die Vergangenheit angelegten Formen der freien kapitalistischen Konkurrenz (Mitte des vorigen Jahrhunderts) wäre gleichbedeutend mit der Schwächung der fortschrittlichen Kräfte in der deutschen Wirtschaft, die allein eine wahrhafte Demokratisierung des deutschen Volkes garantieren.

Nicht Rückschritt, sondern Fortschritt in der Industrialisierung Deutschlands muß die Richtlinie unserer Wirtschaftspolitik sein, Stärkung des Einflusses der Werktätigen und ihrer Gewerkschaften, Sozialisierung der Großbetriebe der Schlüsselindustrien unter Ueberführung ihrer Leitung in die Hände der Arbeiter, Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft bei den verbleibenden Privatunternehmen, — das sind die

grundlegenden Maßnahmen für die deutsche Friedenswirtschaft. Unter dem Deckmantel der Konzernentflechtung und der Schaffung kleiner und mittlerer Betriebsformen ist den kapitalistischen Kräften die Möglichkeit gegeben, ihr altes Spiel gegen den Frieden der Welt und gegen die Arbeiterklasse zu wiederholen. Wollte man weiterhin, — wie dies jetzt schon der Fall ist, — die verstaatlichten bzw. „entflochtenen“ Betriebe kapitalhörigen Leitern überlassen, dann wäre die Verstaatlichung bzw. die Entflechtung kein Fortschritt.

Leistungsfähige Arbeiterschaft

Wir brauchen die Sicherung einer entsprechenden Produktionskapazität, ausreichender Produktionsmittel und Produktionskräfte. Der Arbeitsmarkt zeigt, daß der Krieg die vollqualifizierten Altersklassen stark dezimiert hat. Da mit Alten, Kranken, Schwerbeschädigten und Kindern keine Volkswirtschaft aufgebaut werden kann, muß die künftige Wirtschaftspolitik auf die Sicherung ausreichender vollwertiger Arbeitskräfte ausgerichtet sein. Es wäre auch eine große Gefahr, würde der deutsche Arbeitsmarkt zum Reservat einer industriellen Arbeiterreserve, welche allen Krisenschwankungen des Weltmarktes ausgesetzt sein könnte. Wir brauchen darum nicht allein die Sicherung eines bestimmten industriellen Produktionspotentials, sondern zu dessen Auswertung ein feststehendes Arbeiterpotential. Hierzu gehört auch die Garantie für einen Mindeststand der Ernäh-

Das aus dem Kapitalismus hervorgewachsene Monopol ist bereits das Absterben des Kapitalismus, der Beginn eines Übergangs zum Sozialismus. Die Vergesellschaftung der Produktion durch den Imperialismus bedeutet dasselbe. Es wird offensichtlich, daß privatwirtschaftliche Verhältnisse eine Hölle darstellen, die ihrem Inhalt nicht mehr entspricht, die sich zwar lange halten kann, aber dennoch unvermeidlich beseitigt werden wird. Lenin.

tung und der Lebenshaltung, wobei wir uns natürlich klar sein müssen, daß dieser Standard sehr viel tiefer liegen wird, als vor dem Krieg, als wir noch eine hohe durchschnittliche Lebenshaltung hatten. Das Ernährungsproblem steht heute im Vordergrund. Hier muß mit aller Entschiedenheit die Demokratisierung in der Landwirtschaft gefordert werden. Anbauplan, Ablieferung und Verteilung muß unter der Verantwortung und unter der Kontrolle des Bauern selbst stehen, dessen Bestimmungsrecht ebenso zu wahren ist, wie das demokratische Mitbestimmungsrecht der Werktätigen in der Industrie. Dem Mindestmaß an Lebensbedürfnissen hat eine gesunde Lohnpolitik zu entsprechen. Der Arbeiter muß in der Lage sein, für seine Familie und sich das kaufen zu können, was ihm im Rahmen der Lebenshaltung unseres Volkes zusteht. Er will keine Almosen vom Unternehmer in Gestalt von sogenannten Gewinnbeteiligungen u. a. m., sondern er fordert einen angemessenen Lohn, der ihm vor allem eine anständige Lebenshaltung sichert. Dies ist kein Almosen, sondern sein gutes Recht, der volle Gegenwert seiner Arbeitsleistung. Eine fortschrittliche Steuerpolitik wurde von Seiten der Arbeiterklasse schon immer gefordert, wurde aber noch nie verwirklicht. Dies gilt besonders für die Lohnsteuer, wobei z. B. an die Wiedereinführung ausreichender steuerlicher Pauschbeträge erinnert wird.

Im heutigen verarmten Deutschland spielt neben der Industrie auch das Handwerk wieder eine größere Rolle, als früher. Ausgefallene Fabriken müssen durch eine weitgehende rationelle Zusammenarbeit der kleinen Handwerksbetriebe ersetzt werden. Darum darf der technische und wirtschaftliche Fortschritt im Handwerk nicht stehenbleiben, und durch intensive Förderung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses ist dafür zu sorgen, daß die Handwerksbetriebe den Höchststand erreichen, welcher die industriellen Kapazitätsverluste der deutschen Volkswirtschaft ausgleicht. Die Güterverteilung wird dann sicher gelenkt, wenn die Verbraucherschaft als anschlagegebender Faktor des Güterbedarfs in den Wirtschaftsprozess eingeschaltet wird. Die Konsumgenossenschaftsbewegung ist nach den Jahren der Naziherrschaft wieder in guter Aufwärtsbewegung begriffen.

Vier Träger des Aufbaus

Vier Hauptgruppen sind zu Trägern der neuen demokratischen Wirtschaft berufen, und von ihrer organischen Zusammenarbeit hängt das Gelingen des Neubaus ab: die Gewerkschaften und Betriebsräte auf dem industriellen Sektor, die Handwerkervereinigungen, die Bauernvereine und Bauernausschüsse und die Verbrauchergenossenschaften. Die Vertreter der Werktätigen als der Mehrheit des Volkes, müssen als ausschlaggebende Faktoren in den Wirtschaftskörperschaften der Industrie, des Handwerks und der Landwirtschaft verankert sein, um die einschlagende Linie der Wirtschaftspolitik zu bestimmen. Darum wird sich die Arbeiterklasse mit den von der Bürokratie und dem Unternehmertum vorgesehenen Notlösungen einer relativ geringfügigen Beteiligung, die ihrer Mehrheit in keiner Weise entspricht, niemals abspelen lassen. Ihre Aufgabe ist es, die demokratische Ordnung in die Wirtschaft einzuführen, die friedliche Entwicklung gegen jeden Eingriff der reaktionären und kapitalistischen Kräfte zu sichern, und den Weg zur künftigen sozialistischen Wirtschaftsgestaltung zu ebnen. A. H.

Produktionskontrolle

Weißenfels. Hier wurden aus Mitgliedern der Betriebsräte und der Gewerkschaftsausschüsse Produktionskontrollausschüsse gebildet, die die Aufgabe haben, darüber zu wachen, daß nicht ein Paar Schuhe ohne Kontrolle der Ausschüsse die Betriebe verläßt. Diese Maßnahme wird erheblich dazu beitragen, die Quellen des Schwarzen Marktes zu verstopfen.

Unternehmer greifen an

Herne. Der Arbeitgeberausschuß der Nordrhein-Provinz hat an seine Mitglieder ein Rundschreiben verschickt, das sich mit der Auslegung des Kontrollratsgesetzes Nr. 22 (Betriebsrätegesetz) befaßt. Der Arbeitgeberausschuß behauptet, es sei sowohl seitens der Arbeitgeber wie auch der Arbeitnehmer vollständig „mißverstanden“ worden. Die Herren Monopolisten scheinen auf recht festen Beinen zu stehen, wenn sie schon wieder soviel wagen.

Deutschlands Kohlenausfuhr

Die deutsche Kohlenexportquote beträgt bei einer derzeitigen Tagesförderung von 230 000 t rund 15 Prozent. Eine ansteigende Tendenz in der Förderung des Kohlenbergbaus zeigt sich in der Erhöhung der Ausbeute pro Mann und Schicht von 0,36 t im Juli 1945 auf 0,7 t im Juli 1946 auf nunmehr 1,26 t.

Nach dem in Moskau getroffenen neuen Kohlenabkommen sollen die Ansprüche Frankreichs und der übrigen von den imperialistischen Kräften Deutschlands im 2. Weltkrieg angegriffenen Länder dadurch auf eine fest umrissene Grundlage gestellt werden, daß sich die deutschen Kohlenexporte nach einer gleitenden Skala richten. Bei einer Tagesförderung von 280 000 t im Ruhrgebiet, an der Saar und im Aachener Revier sollen 21 Prozent, bei einer Ausbeute von täglich 363 000 t aufwärts 25 Prozent auf die Ausfuhr entfallen. Somit erhalte Frankreich monatlich 300—400 000 t Kohle, während sich die bisherigen Lieferungen auf durchschnittlich 250 000 t beziffern. Die neue Vereinbarung wird am 1. Juli in Kraft treten.

Jürgen Kuczynski

Mitbestimmung - geschichtlich gesehen

Die Entwicklung der Produktionskräfte führt zur Wirtschaftsdemokratie

Der Handwerker des Feudalismus war ein gelernter Mann, der seine Arbeit verstand und den Handwerksbetrieb leiten konnte. Aus dem Lehrling wurde ein Geselle und aus dem Gesellen ein Meister. Der Meister aber leitete nicht nur seinen Betrieb, sondern war aktiv auch in der Führung der Geschäfte seiner Zunft. Damit war er zugleich mitbeteiligt an der Leitung der gesamten Wirtschaft der Stadt. Und da die Stadt zumeist ein Zentrum der Wirtschaft überhaupt war, so wurde im Laufe der Zeit im allgemeinen aus jedem Lehrling ein Leiter der Wirtschaft, das heißt ein verantwortlicher, das Gesamtgetriebe der Wirtschaft übersehender Mann des gewerblichen Lebens.

Mit dem Aufkommen der Manufaktur, die eine grundlegende Wandlung im Produktionsprozeß brachte, änderte sich das. So wie der Handwerker des Feudalismus die gesamte Wirtschaft übernahm, so hatte er auch die Herstellung zahlreicher Waren seines Gewerbes gelernt — Tische, Stühle, Truhen und Schränke zum Beispiel. Die Manufaktur schuf dagegen den spezialisierten und den ungelerten Arbeiter. In der Manufaktur entstand der Spezialist für Tischbeine und der Spezialist für Tischplatten. Schließlich war es so weit, daß der Arbeiter vielfach die Fähigkeit verlor, mehr als nur Teile einer Ware herzustellen. Und gleichzeitig ging ihm der Überblick über das Ganze verloren. Teils, weil er nicht mehr Leiter eines Betriebes (Meister) wurde, teils, weil er nicht mehr eine Ware vollständig herstellte. Der Arbeiter wurde der Ware und dem Betrieb entfremdet. Aus dem Lehrling, der später Meister wurde und die Wirtschaft mitleitete, wurde der spezialisierte ungelerte und ungelerte Spezialist, der nicht einmal mehr den Betrieb überblicken konnte, von der Gesamtwirtschaft gar nicht zu reden. Mit der zunehmenden wirtschaftlichen Umgestaltung des Arbeiters wuchs die Autorität des Manufakturbesitzers, der allein in der Lage war, die Gesamtheit des Arbeitsprozesses zu übersehen. Aus der immer mehr wachsenden Kluft zwischen dem Arbeiter (der nur seine Arbeitskraft anzu-

bieten hatte) und dem Unternehmer (dem alleinigen Besitzer der Produktionsmittel), leitete der letztere die Freiheit des Unternehmers, eigener Herr im Hause und im Lande zu sein, ab. Die Erniedrigung des Arbeiters, die der neue Produktionsprozeß mit sich brachte, die unüberwindbare Trennung zwischen Arbeiter und Manufakturbesitzer, wurde im Laufe der Zeit zur Spaltung der Menschen in wissende Herren und unwissende Massen.

Diese Tendenzen verschärften sich noch mit der Einführung der Maschine, die den Manufaktur- in den Fabrikbetrieb umwandelte. Ein wesentlicher Teil des spezialisierten Könnens der Arbeiter wurde auf die Maschine übertragen. Gleichzeitig wurde der einzelne Arbeiter durch das Wachstum des einzelnen Betriebes wie auch der Gesamtwirtschaft noch weit mehr als zuvor seinem Gewerbe entfremdet; er war immer weniger befähigt, einen Überblick über das Gesamtgetriebe des gewerblichen Lebens zu gewinnen. Und in der gleichen Proportion, in der die Unfähigkeit des Arbeiters zunahm, sich ein Bild von dem Betrieb und der Wirtschaft zu machen, vertiefte sich die Haltung des Unternehmers als unbeschränkter Herrscher in Betrieb und Wirtschaft.

Dem wirkten im Laufe der Zeit zwei Tendenzen entgegen. Einmal machte die Komplizierung des Produktionsprozesses, die zunehmende Verwickeltheit der Maschinerie eine Erhöhung des Bildungsstandes notwendig. Infolgedessen war man gezwungen, das Schulwesen zu verbessern und das kulturelle Niveau der Arbeiter zu heben. Das führte zwar keineswegs dazu, daß der einzelne Arbeiter jetzt imstande war, den Betrieb zu überblicken oder gar sich ein Bild vom gesamten Wirtschaftsablauf zu machen. Aber die gründlichere Schulausbildung legte doch die Grundlagen für die Möglichkeit einer besseren Information des Arbeiters über die wichtigsten Vorgänge in der Wirtschaft. Diesen Prozeß können wir mit dem Eintritt des Kapitalismus in seine zweite Periode, in die Periode der Entfaltung des industriellen Kapitalismus, datieren. In England begann sie etwa in den vierziger Jahren. In dieser Zeit wird der Industriearbeiter als breite Schicht geboren.

Die Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus fiel zusammen mit einem anderen wichtigen Vorgang: der Ausbeutungsprozeß der Arbeiter erfuhr jetzt eine Wandlung insofern, als die Unternehmung sich mehr und mehr der Intensivierung der Arbeit zuwandte. Das erforderte eine Verkürzung der Arbeitszeit, da es sonst unmöglich gewesen wäre, aus dem Arbeiter je Stunde mehr herauszuholen. Dies gab dem einzelnen Arbeiter am Ende des Arbeitstages mehr Zeit, sich durch Lesen zu bilden. Aber natürlich bedeutete diese größere Muße zum Lesen, daß der Arbeiter automatisch der Beherrschung der Betriebs- und Volkswirtschaft wesentlich näherkommen würde.

Während diese Wandlungen im Produktionsprozeß und Ausbeutungsprozeß vorgehen, entsteht eine Anzahl großer und starker Gewerkschaften. Die moderne Gewerkschaftsbewegung nimmt ihren Anfang. Und die Gewerkschaften — denen später die Arbeiterparteien folgen (nur in Deutschland entstehen sie fast gleichzeitig) — übernehmen auch die Aufgabe, den Arbeiter soweit als möglich wirtschaftlich zu bilden. Die Einsicht der Arbeiter in die allgemeinen volkswirtschaftlichen Vorgänge hebt sich ganz außerordentlich. Die Entfremdung des Arbeiters der Wirtschaft gegenüber wird eine geringere, im Laufe der Zeit wird seine Uebersicht besser. Mit der Ausbildung und Verbreitung der marxistischen Lehre gelingt es dem Besten unter den Arbeitern, eine wesentlich richtigere Uebersicht über die wichtigsten Wirtschaftsvorgänge zu erhalten, als sie Unternehmer haben. Es ergibt sich die paradoxe Situation, daß die Arbeiterführer, völlig ausgeschlossen von freudener effektiver Mitwirkung an der Wirtschaftsführung, von dieser weit mehr verstehen als die Unternehmer, die die Wirtschaft autokratisch beherrschen.

Um das Brot des Volkes

Selbstverantwortung des Bauern sichert unsere Ernährung

Der Bauer soll durch seine Arbeit die Ernährung des Volkes sichern, und die Verantwortung, die er trägt, ist groß. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß der größte Teil der Bauernschaft alles tun wird, um dem Boden abzurufen, was irgend möglich ist, wenn Saatgut, Düngemittel und Arbeitsgeräte vorhanden sind. Es darf aber nicht übersehen werden, daß sich der Bauer heute wirtschaftlich in einer ähnlichen Lage befindet, wie der Werktätige in der Stadt. Was für diesen der Lohnstopp ist, bedeutet für den Bauern der Preisstopp, durch den die Erzeugerpreise festliegen, die Preise der für ihn notwendigen Industrieerzeugnisse aber gewaltig gestiegen sind. Der Getreidepreis ist in den letzten Jahrzehnten fast gleichgeblieben, verkauft er ein Stück Vieh, dann muß er zu Wiederbeschaffung ein Vielfaches von dem bezahlen, was er für das abgegebene Schlachtvieh erhalten hat.

Wir haben erlebt, daß die Verantwortlichen der Verwaltungsbürokratie in der Organisation der Anbauplanung, der Ablieferung und der Verteilung versagt haben. Eine Aenderung wird erst dann eintreten, wenn die Bauern diese Arbeiten selbst in die Hand nehmen. Darum müssen auf der Grundlage der Bauernvereine in jedem Dorf Bauernausschüsse gewählt werden, in denen vor allem auch die Stimmen der großen Masse der kleinen Bauern und der landwirtschaftlichen Arbeiter zu Wort kommen, und die mit Gewerkschaften, Betriebsräten und mit den Vertretern der Verbraucher eng zusammenarbeiten. In den Fabriken kämpfen die Arbeitergewerkschaften um das Mitbestimmungsrecht in der Produktion und in der Verteilung. Dasselbe Recht der demokratischen Wirtschaftslenkung haben die Bauern auf dem landwirtschaftlichen Wirtschaftssektor auszuüben. Anbauplanung und Ablieferung ist in ihre Hände zu legen. Auf diese Weise kann es möglich sein, ein tragbares Ablieferungs-

soll aufzustellen, das einerseits die Ernährung unseres Volkes in so hohem Maße sichert, daß die Lebensmittelfuhr vermindert, und eine höhere Verschuldung an das Ausland vermieden werden kann. Andererseits soll auf diese Weise der Bauer eine freie Erzeugungsstätte erhalten.

Wir haben ferner gesehen, daß die Verwaltungsstellen in der Frage der Bodenreform versagt haben. Sie mußten von Seiten der Militärregierung eine ausgesprochene Mißbilligung ihres Verhaltens einstecken. Eine diskussionsfähige Unterlage zur Bodenreform wurde z. B. in Südbaden erst vom Landwirtschaftlichen Hauptverband, also von der Berufsvertretung der Landwirte, der Öffentlichkeit vorgelegt. Inzwischen hatten aber die reaktionären Kräfte Zeit, dem fortschrittlichen Willen der landarmen Bauern, der Pächter und damit der Masse des werktätigen Volkes entgegenzuarbeiten. Wir wissen, daß Großgrundbesitzer bereits ihren Pächtern gekündigt haben, um sich auf die zu erwartende Reform der ländlichen Besitzverteilung „vorzubereiten“!

Wie lange soll diese Zögerpolitik noch fortgesetzt werden? Mit dem Ruf nach der Hilfe der Besatzungsmacht ist es nicht getan, wenn wir nicht alles tun, um uns selbst zu helfen, zumal wir genau wissen, daß alle Völker schwer um ihr eigenes Sein kämpfen.

Darum schluß mit dem Lippenbekenntnis zur Demokratie, die heute nichts anderes ist, als eine von den Kräften der Reaktion gefesselte Demokratie. Zusammen mit den Werktätigen in Industrie und Handwerk sind die Bauern berufen, sofort das Schicksal des Volkes in die eigene Hand zu nehmen. Darum, schafft in jedem Dorf Bauernausschüsse auf wahrhaft demokratischer Grundlage!

DIE MUTTER

Sie ging, auf die Fahnenstange gestützt, ihre Beine wollten sie nicht tragen. Um nicht zu fallen, klammerte sie sich mit der andern Hand an die Mauern und Zäune. Vor ihr wichen die Menschen zurück. Neben ihr und hinter ihr schritten Soldaten, die schrien:

„Vorwärts, vorwärts!“
Die Soldaten überholten sie, sie blieb stehen und blickte um sich. Am Straßenende standen wieder Soldaten in einer dünnen Kette, die den Weg auf den Platz versperrten. Der Platz war leer. Vorne bewegten sich gleichfalls graue Gestalten langsam auf die Menschen zu.

Sie wollte sich umwenden, ging aber unwillkürlich wieder vorwärts, und als sie an die Ecke gelangte, bog sie in die schmale und leere Gasse ein.

Wieder machte sie Halt, horchte und atmete schwer. Vorne hörte man das Stimmengewirr des Volkes.

Auf die Fahnenstange gestützt, schritt sie weiter, mit den Augen zuckend; dann kam sie plötzlich in Schweiß, es zitterte etwas um ihre Lippen, sie machte eine Bewegung mit der Hand, und in ihrem Herzen blitzten wie Funken Worte auf, balzten sich zusammen und entzündeten in ihr den gebieterischen Wunsch, sie auszusprechen, hinauszuschreien...

Die Gasse machte eine scharfe Biegung nach links, hinter der die Mutter einen großen, dichten Menschenhaufen sah. Eine Stimme sprach laut und kräftig:

„Aus bloßer Skandalsucht läuft man nicht in Bajonette!“

„Und wie haben sie sich benommen, was? Man geht gegen sie los — sie aber halten stand, ganz furchtlos.“

„Ihr lieben Leute“, rief die Mutter, sich in die Menge drängend. Man wich ehrerbietig vor ihr auseinander. Jemand lachte:

„Steh mal, mit der Fahne! Mit der Fahne in der Hand!“

„Schweig!“ sagte grob eine andere Stimme.

Die Mutter breitete die Hände weit aus...

„Hört zu... um Christi willen! Ihr alle — ihr Lieben... ihr alle — Herzensfreunde... blickt ohne Furcht drein! Was ist geschehen? Unsere Kinder gehen in die Welt, unser Blut, sie gehen der Wahrheit nach, für alle! Für uns alle, für eure Kleinen haben sie das schwere Kreuz auf sich genommen, suchen sie helle Tage. Sie wollen das Gute für alle!“

Ihr Herz zerriß, in ihrer Brust war es zu eng, im Halse trocken und bitter. Tief in ihrem Innern entstanden Worte einer großen, alles und alle umfassenden Liebe, die ihr die Zunge verbrannt und sie immer stärker, immer freier in Bewegung setzten.

Sie sah, alles schwieg, man hörte ihr zu; sie fühlte: die Leute denken nach, dicht umringten sie sie, und in ihr wuchs der Wunsch, — jetzt schon ihr selbst klar — die Leute dorthin zu treiben, hinter ihrem Sohn, hinter Andrej her, hinter allen die den Soldaten in die Hände gefallen, die dort geblieben waren, von denen man sich getrennt hatte.

Sie betrachtete die finsternen, aufmerksamen Gesichter ringsum und fuhr weich fort:

„Unsere Kinder gehen da der Freude entgegen, sie gehen für alle und um der christlichen Wahrheit willen, gegen alles, womit uns unsere bösen, falschen, habstüchtigen Feinde unfrei gemacht, gebunden und bedrückt haben! Liebe Freunde! Unser junges Blut hat sich für das ganze Volk erhoben, für die ganze Welt, für alle Arbeiter sind sie dahingezogen... Geht nicht von ihnen, laßt eure Kinder nicht allein auf dem Wege. Habt Mitleid mit euch selbst... glaubt den Herzen eurer Söhne, sie haben die Wahrheit gefunden, sie gehen ihrerwegen zugrunde. Glaubt ihnen!“

Ihre Stimme brach ab, sie schwankte kraftlos, jemand faßte sie unter den Arm...

„Gott hat gesprochen!“ rief jemand erregt und dumpf.

„Gott selbst sprach aus ihrem Munde, liebe Leute! Hört zu!“

Ein anderer sagte mitleidig:

„Ach, wie sie sich quält!“

Man machte ihm Vorwürfe.

„Sie quält sich nicht, sondern straft uns Narren... begreift das!“

Ueber die Menge hin wandte sich eine hohe, zitternde Stimme:

„Rechtgläubiger Mein Mitja, die reine Seele, ist hinter den Kameraden hergezogen, hinter den Lieben... Sie sagt die Wahrheit. — Warum lassen wir unsere Kinder im Stich? Was haben sie uns Böses getan?“

Die Mutter zitterte unter diesen Worten, und ihre Antwort waren leise Tränen.

„Geh nach Hause, Nilowna, geh Mutter! Du bringst dich um!“ sagte Ssow rasch.

Er war blaß, sein Bart war zerzaust und zitterte. Plötzlich runzelte er die Stirn, überlag alle mit strengen Blicken, richtete sich gerade auf und sagte gebieterisch:

„Mein Sohn Matwej ist in der Fabrik angekommen... Ihr wißt das. Aber wenn er am Leben wäre, würde ich ihn selbst zu ihnen, zu denen da, schicken. Ich würde selbst sagen: Geh du auch, Matwej! Geh! das ist richtig... Das ist — ehrenhaft!“

Er brach ab, verstummte, und alle schwiegen finster, etwas Ungeheures, Neues, schwer fühlend, das sie aber schon nicht mehr schreckte, Ssow erhob die Hand, schüttelte sie und fuhr fort:

„Ein alter Mann spricht. Ihr kennt mich. Neun- unddreißig Jahre arbeitete ich hier, detundfünfzig Jahre lebe ich auf der Welt. Meinen Neffen, einen sauberen, klugen Jungen, haben sie heute wieder aufgegriffen. Er ist auch vorn

neben Wlassow gegangen, dicht neben der Fahne!“

Er machte eine Handbewegung, bückte sich, ergriff den Arm der Mutter und sagte:

„Die Frau hat die Wahrheit gesagt... Unsere Kinder wollen in Ehre, in Vernunft leben, und wir haben sie im Stich gelassen, sind fortgegangen, ja! Komm, Nilowna!“

„Ihr lieben Leute!“ sagte sie, alle mit verweinten Augen anblickend: „Den Kindern gehört das Leben, ihnen gehört die ganze Erde!“

„Komm, Nilowna, da nimm den Stock.“ sagte Ssow, und reichte ihr das Bruchstück der Fahnenstange.

Man blickte voll Schmerz und mit Achtung auf die Mutter, und lärmendes Mitgefühl geleitete sie. Ssow schob die Menschen schweigend aus dem Wege, sie traten wortlos beiseite, schritten, einer unklaren Macht gehorchend, langsam hinter der Mutter her und tauschten halblaut Bemerkungen aus.

Bei ihrem Hauseingang wandte sie sich zu ihnen um, stützte sich auf die Fahnenstange, verneigte sich und sagte dankbar und leise:

„Ich danke euch...“

Und wieder kam ihr der Gedanke — der neue Gedanke, den, wie sie glaubte, ihr Herz geboren hatte — und sie sprach ihn aus:

„Unser Herr Christus wäre nicht, wenn nicht Menschen zu seinem Ruhm umgekommen wären.“

Die Menge blickte sie schweigend an.

Sie verneigte sich noch einmal vor den Leuten und ging in ihr Haus; Ssow aber trat mit gesenktem Kopf mit ihr ein.

Die Menschen standen am Tor und beredeten sich.

Dann gingen sie langsam auseinander.

(Aus dem Roman „Die Mutter“)

Karl Marx

Karl Marx wurde am 5. Mai 1818 als Sohn eines Rechtsanwalts in Trier in Deutschland geboren. Er bezog die Universität Berlin, wo er Jura, Philosophie und Geschichte studierte, und im Jahre 1841 erwarb er die philosophische Dok-



torwürde. Schon in dieser Zeit zeichnete sich Marx durch sein tiefes und vielseitiges Wissen und seine außerordentlichen geistigen Fähigkeiten aus. In der Folge widmete er sein ganzes Leben der Lösung der Grundprobleme der Sozialwissenschaft, die ihm ein Mittel dazu war, der Befreiung der Menschheit von jeder sozialen und politischen Unterdrückung zu dienen.

Mit dem Namen Karl Marx ist die in die Breite gehende Entwicklung der sozialistischen Arbeiterbewegung und die Bildung von Arbeiterparteien in allen Ländern der Welt verbunden. Fortschrittliche Vertreter der Arbeiterklasse und aller Schaffenden überhaupt in allen zivilisierten Ländern „von St. Petersburg bis Kalifornien“, wie es Engels ausdrückt, nahmen die Lehre von Karl Marx in sich auf.

Lenin schrieb, daß die marxistische Lehre allmächtig ist, weil sie wahr ist. Sie ist die unmittelbare Fortführung und glänzende Vollendung der feinsten Schöpfungen des menschlichen Geistes, der Theorien der großen Vertreter der deutschen Philosophie, der klassischen englischen politischen Oekonomie und des französischen Sozialismus. Indem Marx die Erbschaft der Vergangenheit seinen Forschungen zugrunde legt, stellt er die Gesetze dar, die die Entwicklung der Gesellschaft beherrschen und gibt damit der arbeitenden Klasse und der ganzen fortschrittlichen Menschheit überhaupt in ihrem Kampf für die vernünftige Umgestaltung der Gesellschaft eine verlässliche Waffe in die Hand. Damit schuf er auch die Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus, die er am tiefsten und gründlichsten in seinem Lebenswerk „Das Kapital“ entwickelt hat.

Marx war das Hirn und der Geist der ganzen fortschrittlichen Bewegung seiner Zeit, und sein starker Intellekt erleuchtete den Weg der Menschheit in die Zukunft, den Weg zu einer neuen sozialen Ordnung. Als ein wirklicher „Weltbürger“ war er der Vorkämpfer der Freiheit, der die Menschen in aller Welt zum Kampfe für die Demokratie anspornte.

Karl Marx starb in London am 14. März 1883, aber das Ideal, dem er sein ganzes Leben widmete, ist unsterblich.

Ein Karl-Marx-Denkmal soll 1948 in Thüringen, voraussichtlich in Weimar aus Anlaß des 100jährigen Gedenktages der Revolution von 1848 errichtet werden.

Walter Dehmel

Mittelmanns 1. Mai 1933

Ja, nun hatten es die „braunen Eroberer“ Deutschlands fertiggebracht, auch den Festtag des Arbeiters, des freigesinnten Volkes, den 1. Mai, für ihre Täuschungsmanöver zu benutzen, ihn seines eigentlichen Charakters zu entkleiden und als Lockmittel für politisch Leichtgläubige zu verwenden. Gerhard Hoffmann, der Werkzeugmacher aus dem dritten Stock, stand seit dem frühen Morgen ingrimmig am offenen Fenster und beobachtete das Leben und Treiben der Nachbarschaft. Die Welt schien ihm auf den Kopf gestellt zu sein. Während sie, die Arbeiter, die früher Jahr für Jahr diesen Feiertag unter Opfer und Belacht von den Spießern aller Richtungen gefeiert hatten, sich zähneknirschend in ihren Wohnungen zurückhielten, — gingen jene jetzt daran, den „Feiertag der deutschen Arbeit“ zu begehen. All die kleinstädtischen Seelen, die sich immer naserümpfend von den Arbeitern abgegrenzt hatten, die hämisch lächelnd auf sie herabgesehen hatten, sie feierten nun auf einmal auf ein Geheiß von oben auch diesen Tag? Welch ein Satyrspiel!

Der Mann am Fenster ballte die Fäuste. Seit einem Vierteljahr ging der heimliche Terror durch die Dörfer und Städte, wurden die Aufrechten durch die Gefängnisse geschleift, lähmte Furcht und Entsetzen die Schwankenden, schlossen die Gewissenlosen ihren Frieden mit den neuen Machthabern. Würden die Charakterlosen diesen Vorwand benutzen, sich durch die Beteiligung an dieser „deutschen und nationalen Maifeier“ den Rücken zu decken, Mitkämpfer für die „nationale Wiedergeburt“ werden?

Hoffmann rief halblaut seine Frau ans Fenster, schweigend schauten beide zu Mittelmanns hinunter. Dort stand er, der alte, dicke Mittelmann, auf dem Balkon, das Radio dröhnte laut die festtägliche Marschmusik hinaus — dort stand diese Idealfigur des unpolitischen Spießers, der nie einen Maifeiertag des schaffenden Volkes

mitgegangen hatte, in Hemdärmeln auf dem Balkon und schmückte ihn mit roten Tuchfetzen und Hakenkreuzfähnchen aus. Die ganze Familie war schon feiertäglich gekleidet und zum Weggehen bereit, die Welt war verwandelt — die Mittelmanns waren zu Anhängern der Maifeier geworden!

Nun gingen sie alle miteinander fort, zum „Aufmarsch“, stolz die rote Hakenkreuzbinde am Arm und schauten noch einmal zufrieden zu dem geschmückten Balkon hinauf. Sie sahen sich verständnislos an, als ihre Blicke dabei zum dritten Stock hinaufgingen, wo die finsternen Gesichter Hoffmanns und seiner Frau ihnen nachstarrten. Der Mann unrasiert und im blauen Arbeitshemd, die Frau im Hauskleid mit der Küchenschürze, — ja, die machten scheinbar keine Anstalten, den 1. Mai zu feiern? Die waren doch sonst immer die ersten mit Kind und Kegel gewesen, und jetzt, wo es ein „nationaler Feiertag“ war, blieben sie verärgert zu Hause?

„Komische Leute!“ dachten die Mittelmanns und gingen eng geschart zu den Aufmarschplätzen, wo schon die braunen Militärkapellen spielten und viele, viele Mittelmanns bereitstanden, nach den Klängen dieser „Maifeiermusik“ an einer Maifeierdemonstration teilzunehmen; die allermeisten das erstmal in ihrem Leben.

Kultur - Notizen

Wie das Neue Deutschland berichtet, hat Heinrich Mann die Absicht, nach Deutschland zurückzukehren und sich in Berlin niederzulassen.

Theodor Plivier arbeitet an einer „Deutschen Novelle“, die vor allem die Tage des Reichstagsbrandes zum Thema hat.

Die von Karl Hofer und Oskar Nerlinger herausgegebene Monatschrift für Malerei, Plastik, Graphik und Architektur erscheint seit 1. April 1947 im Verlag Berliner Kunst, GmbH., Berlin. Sie hat sich zur Aufgabe gestellt, Volk und Kunst einander nahe zu bringen und stellt ein modernes Forum für alle einschlägigen Fragen dar.

Friedrich Wolf

Die Maiblume im Lager

Es naht der 1. Mai. Wir beschließen, ihn zu feiern.

Unser Außendienst bekommt den Auftrag, beim Straßenbau und Abortkübeltragen soviel Blumen wie möglich in die Taschen zu stecken. Am Nachmittag bringt Manuel, der junge Madrider, bringen Ernst, Alek und Ottar ganze Bündel weißer Margueriten mit.

„Hast du Geburtstag?“ fragte mich Jules.

„Nein, das ist bloß wegen des Frühlings.“

„Beschwinde nicht deinen Jules, Doktor! Was hast du?“

Ich antworte nicht.

Abends holen wir unsere Kartons und Köfferchen vom Gebälk herunter und packen unsere guten Anzüge aus, büstern sie und „bügeln“ sie, indem wir sie zwischen zwei Bretter legen und uns zu mehreren Mann daraufsetzen.

„Aha!“ sagt Jules und zieht wie ein Pariser mit dem Zeigefinger sein rechtes Augenlid herunter.

„Aha, ich verstehe, morgen ist ja...“

„Halt's Maul, Jules!“ fahre ich ihn an.

„Aber wenn ich doch weiß...“

„Wenn du ein Wort sagst, Jules, so ist's aus mit unserer Freundschaft! Verstehst du mich?“ Jules schweigt.

Am nächsten Morgen erheben wir uns nicht erst wie üblich auf das Claironsignal um 6-Uhr. Am nächsten Morgen, es ist der strahlend schöne Morgen des 1. Mai 1940, stehen bereits um 5 Uhr über tausend Kameraden unseres Quartiers B am Drahtverbau, streng ausgerichtet, gegenüber dem Quartier C, alle in hochgekrempelten kurzen Arbeitshosen, mit nacktem Oberkörper; sie beginnen auf ein Kommando gymnastische Übungen. Das Kommando gilt auch für die 1500 Kameraden des Nachbarquartiers G, die uns gegenüber angetreten sind. Die Wachen eilen herbei: „Aus! Ineinandergehen!“

„Wir machen nur unsere Morgengymnastik!“

„Weg vom Stacheldraht!“

Unser Chef für Leibesübungen kommandiert: „Das Ganze — Laufschrift — marsch, marsch!“

2500 Mann, 5000 Füße beginnen einen gleichmäßigen Laufschrift. Der Boden zittert. Bei der Hauptwache bläst der Hornist die Alarmkompanie der Mobilgarde stürzt herbei. Der Leutnant, den Revolver in der Faust, schreit: „Was macht ihr da!“

„Unsere Morgengymnastik, Herr Leutnant!“

„Schluß mit dem Laufen! Laufen ist im Lager verboten!“

„Jawohl, Herr Leutnant!“ antwortet unser Chef und kommandiert: „Das Ganze — im Schritt — Abtelling marsch!“

Wir sind fast alle alte Soldaten. Wir marschieren. Und wie marschieren wir! Die Potsdamer Garde hat keinen besseren Parademarsch gemacht. Der Boden dröhnt. Der schwarze Schlackenstaub, der die Grundlage unseres Lagers bildet, wirbelt in dicken Säulen hoch. Im Nu ist alles in eine dunkle, undurchsichtige Staubwolke gehüllt, als läge ein schweres Granatfeuer auf dem Lager. Von allen Seiten rennen die Trupps der Wachmannschaften hinzu; das ganze Camp ist von Posten mit aufgepflanztem Bajonett umstellt. Aber unser Gymnastikleiter erklärt die Übung bereits für beendet: „Das Ganze — halt! Wegtreten!“

Oben in unserer Box feiern wir mit einem süßen Milchkaffee diese glückliche Ouvertüre zum 1. Mai. „Wo ist Jules?“ fragt Ernst und schaut auf den leeren Strohsack. „Ich glaube, er ist mitgelaufen“, meint Alek. In diesem Augenblick kommt Jules die Affenleiter hinaufgekrambelt; er keucht nicht schlecht, er trägt kurze Unterhosen und mein altes Turntrikot; er ist völlig

außer Atem, in Schweiß gebadet; er wirft sich auf den Strohsack.

Ich fahre ihn an: „Bist du wahnsinnig, Jules?“

Er winkt mit der Hand ab. Wir geben ihm heißen Milchkaffee. Ich frottiere ihn mit dem Handtuch, decke ihn mit zwei Decken zu: „Du holst dir noch den Tod, Jules, mit deiner Unvernunft!“

Er lacht: „Was ihr könnt, kann Jules auch.“

„Quatsch!“

„Bin ich vielleicht kein Arbeiter, Doktorle?“

„Du bist einfach krank und basta!“

„Immerhin...“, meint Ernst. Und darin liegt eine Anerkennung des zweiten Schrittes nach vorn, den Jules heute tat, nach seiner Waschpremiere im November.

Punkt 7 Uhr stehen wir, wie jeden Morgen, in Sektionen angetreten zum Tagesdienst. Der Oberst und alle Offiziere warten draußen bei der Hauptwache. Sie rechnen mit Arbeitsverweigerung, mit einer Revolte. Aber wir tun ihnen den Gefallen nicht. Wir wollen eine Methode der Malfeter anwenden, an der möglichst alle Lagerinsassen — auch das Gros der Parteilosen — teilnehmen können. Um 11 Uhr, nach Beendigung unseres Arbeitsdienstes, waschen wir uns und kleiden uns schnell um. Jetzt promenieren schon drei- bis viertausend Gefangene Arm in Arm in Viererreihen, eine weiße Marguerite im Knopfloch, wie Gentlemen durch das Lager.

Unser Sergeantchef spritzt heran: „Ah, ihr roten Schweine... heute ist der 1. Mai! Haltet ihr mich für einen Idioten?“

„Aber, Chef, wie werden wir's wagen, Sie für einen Idioten zu halten!“ erwidern wir höflich.

Auch nach dem Essen, am Nachmittag, rücken wir, wie stets, zu unserem Arbeitsdienst aus. Um 5 Uhr abends kleiden wir uns eiligst um. Es herrscht eine großartige Stimmung.

Aber inzwischen hat der Lagerkommandant die Wachmannschaften mit Wein angefüllt. Sie sind total betrunken, als sie sofort nach 5 Uhr zu unsern Baracken stürzen und brüllen: „Alles draußen in Sektionen antreten!“

Wir stehen in unseren guten Anzügen vor den Baracken. Der Sergeantchef schreit: „Die Jacken aus! Die Blumen herunter!“

Wir stehen, allein in unserem Quartier, über fünfzehnhundert Mann, ausgerichtet, in Reih und Glied. Niemand rührt sich.

„Die Blumen herunter!“ tobt der Sergeantchef, „oder alle fliegen ins Cachot!“

Keine Hand rührt sich bei uns. Seitlich von mir steht Jules. Auch er steht regungslos.

Der Sergeantchef springt mit den Wachleuten auf uns los; sie suchen unsere Jacken herunterzuzerren, sie reißen die weißen Margueritenblüten herab. Manuel, der junge, blasse, tuberkulöse Spanier, rafft seine Blume wieder auf. Der Sergeant reißt sie erneut herab, Manuel bückt sich wieder nach ihr; der Sergeant haut ihm mit der Faust ins Gesicht, er tritt mit den nagelbeschlagenen Stiefeln auf die Blume. Manuel läßt nicht nach, seine Hand, die die Blume unter dem Stiefel hervorzieht, blutet; aber sie hat die Blume und hält sie hoch. „Ins Cachot mit dir, du rotes Schwein!“ brüllt der Sergeantchef und packt Manuel am Kragen. Da tritt Juan, ein kräftiger Fischer aus Valencia, vor die Reihe, er reißt die Blume aus Manuel's Hand und sagt: „Chef, der Junge ist krank; übrigens ist das meine Blume!“ Der Sergeantchef greift jetzt Juan. Der gönnte den Gardisten, die ihn mit Kolbenstößen zum Tor befördern, diesen billigen Ruhm.

Am Abend bringen wir alle die Blumen, die wir gerettet haben, dem jungen Manuel. Aber auch die Nachbarbaracken, alle Baracken, übergeben Manuel ihre meist zerzausten, weißen Margueriten. Wie ein Flugveer hat es sich auch im Quartier C herumgesprochen, wie Manuel seine Blume gegen den Sergeantchef verteidigt hatte. Sie werfen uns von dort ganze Sträuße von Margueriten über das Drahtverbau. Der ganze Strohsack von Manuel ist mit Blumen bedeckt. Er nimmt eine große Konservendose und stellt die Blumen hinein, ein dicker, weißer Busch. Er leuchtet wie eine helle Flamme im Halbdunkel der Baracke.

Unser erscht: Mai!

Jetzt bruch bloß noch s'wetter, guet Liibe, deno isch alles in Butter. G'richtet isch schu alles, zum erschte Mai nämlig. Er mueß jo au wider sell werre, was'r emol gsi isch: E Feschttag für alli, wo schaffe Fuulenzler hänn dert debi nix verlore. Wa hänn au di bloß us-em erschte Mai gmacht in de letschte zwelf Jahr? E Fasnetsversantschaltig, nit meh un nit weniger, do sinn-der die Herre umenandergschosse mit Gold und Silber un Lammetta am Buch und hänn-der Rede gschwunge wäge dem un sellem, nur nit des, was-mer hänn höre welle. Un alli hänn-der müesse im Glichschritt durch d'Schrotze dappe wie Rekrute un Lehrbube mit Tschingderassabum in jedere Menge.

Diesjohr mache mer jo alles noch im bescheidene Rahme, dr Zit entschpechend. Abber trotzdem mit'm nötige Ernacht un mit dr Hoffing, daß au emol anderi Zitte kumme werre, wo dr erscht Mai sell si wird, was'r emol gsi isch. Uff alli Fäll, mer derse widder frei uns biwege, ohni Zwangsjacke un e Schloß vor-em Muul. Die Herre vom Dritte Reich hänn's welle besonders raffiniert a-fange, sie hänn einfach dr erscht Mai rumbis schtumbis überno, hänn all's verdreht un verkehrt un hänn gsait: des isch unser erscht Mai!

Nai, ihr Herre, dr erscht Mai wird uf de ganze Welt gefeiert, er isch e Zeiche do defier, daß all, wo schaffe s'ganz Johr, un zwai af de ganze Welt, eigentlich zemmehöre, eigentlich an e'm Schrang z'zige hänn un ihri Interesse gege alli selli z'vertete, wo im Arbeit bloß e Mittel zum Zweck sehne. E Mittel zum Verdienne un zwar in de eigini Sack! E Weltedemochstration un alle Schaffende un e Feschttag dezue, sell isch dr erscht Mai. Un wenn mir in unserm Friburg feiere, was jo bloß e winzig kle's Düpfel uf'm Globus isch, deno denke mir über alli Grenze weg an selli, wo au ihr erscht Mai feiere und zwar uf de ganze Welt. Denn schließlich un endlich hänn-mer jo keini Scheuklappen meh an de Ohre, hit luege-merwidder scht als in de letschte zwelf Johr, hit ferfe-mer uns jo Gott-sei-Dank au für sell intressiere, was uf de andere Site vu de Grenzpfahl bassiert un nit bloß für sell in unserm kleine Ländi oder Schtädli. Un jetzt isch gnuag, i wünsch eich e guete Verlauf vu dr Maifeier un vor allem e recht guets und schön's Wetter, vor allem wegenem Wettspiel am Dunschtgnochnmiddag. Mache's guet!

Zebedäus Pföpferle.

Der Arbeiter-Weltfeiertag in Freiburg

Die vom Ortsausschuß der Freiburger Gewerkschaften durchgeführten Veranstaltungen zum 1. Mai beginnen am Mittwoch, 30. April, um 20 Uhr, mit einer Vorfeier im Maria-Hilf-Saal unter der Mitwirkung namhafter Künstler der Städtischen Bühnen, eines Klaviertrios des Kinderchors und des „Volkschors“. Der Männergesangsverein Zähringen unter der Leitung des Kollegen Eduard Ritter wird mit seinen Darbietungen die Veranstaltung umrahmen. Im Mittelpunkt der Vorfeier steht die Ansprache des Vorsitzenden des Ortsausschusses der Freiburger Gewerkschaften, Koll. Kappes.

Die eigentliche Feier am 1. Mai beginnt mit einem Umzug, zu dem um 9 Uhr auf dem Karlsplatz und den umliegenden Straßen Aufstellung genommen wird. Der Zug bewegt sich dann durch die Kaiser-Joseph-Straße, Martinstor, Wallstraße zum Schwabentorplatz vor das Gewerkschaftshaus. Von hier aus wird der Vorsitzende des Badischen Gewerkschaftsbundes, Koll. W. Reibel, zu den Festteilnehmern sprechen. Die Ansprache wird umrahmt von Freiheitschören des Arbeiter-Sängerbundes unter Leitung des Koll. R. Müller.

Am Nachmittag des 1. Mai findet auf dem Stadion des Arbeiter-Sportvereins ein Fußball-Wettspiel ASV Freiburg gegen VfL Freiburg statt. Dieser sportlichen Veranstaltung geht ein Treffen zweier französischen Mannschaften voraus.

Jugend am 1. Mai

Aus der Not und den Ruinen wächst unter unsäglichen Schwierigkeiten das neue, demokratische Deutschland empor. Wir, die Jugend, wollen und können beim Bau dieses Hauses nicht abseits stehen. Wenn wir als junge Generation nicht noch einmal die Höllenqualen der faschistischen Herrschaft und des mörderischen Krieges über uns ergehen lassen wollen, dann müssen wir mit ganzem Herzen mittun, Baumeister der neuen Zeit

Empörung über einen Freiburger Justiz Skandal

„Viel zu milde Entscheidungen“

Gewerkschaften gegen das Urteil im Lebensmittelstrolcher-Prozess

Freiburg. Anlässlich einer Sitzung der Vertreter der Freiburger Betriebsräte und der Gewerkschaften kam unter anderem das in der Sache des Freiburger Ernährungs-skandals gefällte Urteil zur Sprache. In einer lebhaften Diskussion wurde in aller Schärfe gegen das Urteil Stellung genommen. Dabei wurde besonders betont, daß die Gewerkschaften immer wieder bei den maßgebenden Stellen auf die katastrophale Notlage der arbeitenden Menschen hingewiesen haben. Und gerade in der gegenwärtigen Zeit wiegt die Tatsache, daß sich gewisse Kreise von dem ohnedies recht wenigen Vorhandenen auf verbrecherische Weise für persönliche Bedürfnisse Lebensmittel auf die Seite schaffen, doppelt schwer und ist auf das Schwerste zu verurteilen. In der im Wortlaut folgenden Entscheidung wurde der Standpunkt der Vertreter der arbeitenden Bevölkerung Freiburg zum Ausdruck gebracht:

„Die am 24. April vom Ortsausschuß der Freiburger Gewerkschaften einberufene gemeinsame Sitzung der Freiburger Betriebsratsvorsitzenden und der Vorsitzenden der Gewerkschaften hat mit Empörung von dem Urteil des Freiburger Gerichts in Sachen des Skandals beim hiesigen Ernährungsamt Kenntnis genommen. Die Versammelten betrachten die Entscheidungen gegen die beteiligten Geschäftsleute als viel zu milde. Abgesehen von den viel zu niedrigen Gefängnisstrafen ist auch die auf ein oder zwei Jahre befristete Geschäftsschließung untragbar. Geschäftsleute, die sich derartige verbrecherische Verfehlungen zuschulden kommen lassen, und sich dadurch auf Kosten der arbeitenden und dabei hungernen Bevölkerung ungerechte Vorteile verschaffen, um ein gutes Leben führen zu können, sind unfähig und unwürdig, später auch nur noch einen Tag mit der Verteilung des Lebensbedarfs der Allgemeinheit betreut zu werden. Es wird als ein Skandal betrachtet, daß die verurteilten Geschäftsleute jetzt schon wieder frei herumlaufen. Es besteht dadurch die Gefahr, daß die Betroffenen, da sie über den Verbleib des größten Teils der von ihnen der Volksgemeinschaft entzogenen Lebensmittel keine Auskunft gegeben haben, un-

schuldig ihre Mitnutznießer zu decken, ihre Freiheit benutzen werden, ihren Raub endgültig verschwinden zu lassen. Die Versammelten verlangen, daß das Urteil durch eine Berufungsinstanz aufgehoben wird und die Bestrafung der Schuldigen so ausfällt, daß sie dem gerechten Volksempfinden Rechnung trägt. Auf der andern Seite muß den verantwortlichen Stellen der Vorwurf gemacht werden, daß nicht rechtzeitig für eine ausreichende und strenge Kontrolle gesorgt wurde, damit solche verbrecherischen Verfehlungen unmöglich gemacht worden wären.“

Den Forderungen der Freiburger Gewerkschaften kann man vollste Zustimmung nicht versagen. Wir wollen hoffen, daß das unter dem Vorsitz eines Richters, dem es infolge hohen Alters offenbar nicht mehr möglich war, die Notwendigkeit unserer Zeit zu erkennen, gefällte Urteil bereinigt wird. Der badische Generalstaatsanwalt in Freiburg, von dem wir wissen, daß er kein rücksichtlicher Formaljurist ist, dürfte sicherlich Veranlassung finden, das Urteil vom Standpunkt der Anklagevertretung aus nachzuprüfen und anzufechten.

In welchem Geiste Verbrechen dieser Art zu ahnden sind, ergibt sich sehr eindeutig aus einem Gesetz, das der Interalliierte Kontrollrat unlängst erlassen hat. Wir lassen es im Wortlaut folgen:

„Zum Schutz der Bestände von zwangsbewirtschafteten Nahrungsmitteln und sonstigen zwangsbewirtschafteten Gütern, die für die Bevölkerung Deutschlands bestimmt sind, sowie von Urkunden, die sich auf Zwangsbewirtschaftung beziehen, erläßt der Kontrollrat das folgende Gesetz:

Artikel I

Mit lebenslänglicher oder zeitlicher Zuchthausstrafe oder mit einer Gefängnisstrafe nicht unter 6 Monaten und in jedem Falle mit einer Geldstrafe von 5000 bis 500 000 Mk. werden bestraft:

Betrifft Schwerarbeiterkarten ...

Freiburg. Ein Leser schreibt uns: Ich erlaube mir die Anfrage, wie es sich eigentlich mit der Zuteilung der Schwerarbeiterkarten verhält und wer diese bekommt. Hier in Freiburg ist ein besonders krasser Fall, wobei es sich um fünf Arbeiter und deren Meister handelt, die am hiesigen Klinikbau beschäftigt sind. Sie haben bereits viermal den Antrag auf die Schwerarbeiterkarte II gestellt mit je einem Begleitschreiben vom Baubüro des Klinikbaues, und jedesmal dauerte es 3 bis 4 Wochen bis eine Antwort aus Donauschingen eintraf mit allen möglichen und unmöglichen Anfragen, obwohl aus dem Schreiben des Meisters und zugleich aus der beigefügten Bescheinigung des Baubüros ausdrücklich und eindeutig hervorgeht, daß es sich in diesem Fall um eine schwere körperliche Arbeit handelt. Denn Baumaterialien mit je 35 kg auf Leitern 10 Meter hoch zu tragen bei einer Arbeitszeit von 45 Stunden pro Woche ist bestimmt keine Kleinigkeit. Es müßte doch endlich einmal klar festgestellt werden, wer eigentlich nach Ansicht des Gewerbeaufsichtsamtes Donauschingen Schwerarbeiterkarten bekommt, ob sie wirklich dem Arbeiter, der sie verdient, zukommen.

... und Reisemarken

Wyhlen. Ein Leser unseres Blattes fragt nach Zeitungsnotizen sollen die Brotkarten und Reisemarken in der ganzen französischen Besatzungszone Gültigkeit haben. Vor einigen Wochen erhielt ich von meiner Schwester Reisemarken für Brot aus der franz. Besatzungszone Württemberg. Da die Reisemarken von Württemberg waren, wurden sie nicht angenommen und auf dem Rathaus auch nicht abgestempelt, sodaß ich dieselben wieder zurücksenden mußte. Zum Weiben Sonntag war meine 65jährige Mutter acht Tage zu Besuch hier und hatte ihre Lebensmittelkarte aus Württemberg bei sich. Sie ging hier auf das Rathaus und wollte einige Reisemarken oder die Karte abstempeln lassen.

Nachruf

Nach langem und schwerem Leiden starb unser Genosse Richard Haus aus Lichtenau. Schwer erkrankt kam er aus der Kriegsgefangenschaft zurück und widmete sich mit großem Fleiß seiner Arbeit als stellvertretender Bürgermeister und Funktionär unserer Partei. Es war ihm nicht vergönnt, wieder gesund zu werden und weiter am Neuaufbau unseres demokratischen Deutschlands mitzuarbeiten. Wir verlieren in ihm einen aufrichtigen opferbereiten und mutigen Genossen und werden ihn in ehrendem Gedenken behalten. Landesvorstand der Kommunistischen Partei.

Personen, denen die Herstellung, Verwaltung, Beförderung oder Obhut von zwangsbewirtschafteten Nahrungsmitteln oder zwangsbewirtschafteten Gütern aller Art, einschließlich solcher, die sich im Herstellungsverfahren befinden, oder von Urkunden, die sich auf Zwangsbewirtschaftung beziehen, obliegt, wenn sie solche Gegenstände entwenden oder vorsätzlich deren Entwendung, widerrechtliche Vergebung oder widerrechtlichen Gebrauch gestatten.

Artikel II

Mit Gefängnis von 6 Monaten bis zu 5 Jahren und einer Geldstrafe von 2500 Mk. bis 250 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen werden bestraft: Die in Artikel I dieses Gesetzes genannten Personen, wenn sie infolge von Fahrlässigkeit für Entwendung, widerrechtliche Vergebung oder widerrechtlichen Gebrauch von zwangsbewirtschafteten Nahrungsmitteln oder zwangsbewirtschafteten Gütern aller Art, einschließlich solcher, die sich im Herstellungsverfahren befinden, oder auf Urkunden, die sich auf Zwangsbewirtschaftung beziehen, verantwortlich sind.

Artikel III

Dieses Gesetz tritt am 3. April 1947 in Kraft.

Freiburg. Wie wir erfahren, hat der Oberstaatsanwalt Revision gegen das Urteil im Prozess gegen den Angestellten des Ernährungsamts, Klug, und die mitangeklagten Freiburger Geschäftsleute eingelegt.

Reisemarken bekam sie keine und somit auch kein Brot. Auf dem Rathaus sagte man, daß sie zuerst Aufenthaltserlaubnis von der Militärregierung brauche. Wie verhält es sich nun in den geschilderten Fällen? Kann auf dem Rathaus kein Abschnitt von der Lebensmittelkarte abgeschnitten und dafür Reisemarken gegeben werden? Ich habe vier Kinder und auch kein Brot auf Vorrat. R.W.

Was gibt es zu essen

Die Zuteilungen für die erste Dekade des Monats Mai an Fleisch und Brot bleiben unverändert wie im Vormonat. Für Erwachsene wird anlässlich des 1. Mai pro Kopf 1/2 Liter Wein ausgegeben. Außerdem wird in den nächsten Tagen 1 kg Hülsenfrüchte verteilt. Die nächste Zuteilung dieser Art wird in Maismehl bestehen. In den nächsten Tagen wird pro Kopf 500 gr. Spinat ausgegeben. Zunächst werden die Geschäfte der Innenstadt von den Großisten beliefert werden.

Grober Unfug

Freiburg. Wie der Direktor der Städtischen Straßenbahn in der letzten Stadtratssitzung betonte, betrachtet es die Straßenbahn als ihre Pflicht, an den verschiedenen Haltestellen Fahrplankästen anzubringen. Leider wird dieses Entgegenkommen nicht überall richtig gewürdigt. So mußte in Haslach schon nach acht Tagen festgestellt werden, daß sämtliche Fahrplankästen böswillig beschädigt oder auch entwendet worden waren. Gerade in der heutigen Zeit wirken sich solche Beschädigungen und Diebstähle doppelt unangenehm aus, denn bei der bestehenden Materialknappheit lassen sich solche Schäden nicht ohne weiteres beheben. Leidtragend ist aber nicht allein die Stadt, sondern vor allem auch die Allgemeinheit, der durch solche Bubenstreiche jegliche Information über Ankunfts- und Abfahrtszeiten genommen wird.

Verantwortlich für den Heimattitel: Hanns Adam Fester, Offenburg

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Aufruf zur Rückumkehr in die Tschechoslowakei

Alle Personen tschechischer und slowakischer Nationalität in der französischen Zone, sowie Angehörige gemischter Ehen, in denen ein Partner tschechoslowakischer Nationalität ist, werden in einem Aufruf des tschechoslowakischen Generalkonsulates in Baden-Baden aufgefordert, bis spätestens 30. 4. 47 beim Generalkonsulat in Baden-Baden-Lichtental, Hotel Fischkultur, schriftlich ihre Anschrift anzugeben, wenn sie ihre Rückführung in die tschechoslowakische Republik auf Staatskosten beanspruchen. Mündliche und verspätete Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Voranmeldung zum Bezug von Nahrungsmitteln

Es erfolgt eine weitere Zuteilung von Nahrungsmitteln gegen Voranmeldung. Die Verbraucher wollen in der Zeit vom 29. April 1947 bis 14. Mai 1947 bei einem für Nahrungsmittel verkaufsberechtigten Einzelhandelsgeschäft von der Lebensmittelkarte für Monat April 1947 folgende Abschnitte abtrennen lassen: Abschnitt XII der Lebensmittelkarte für Kinder von 0-3 Jahren; Abschnitt III der Lebensmittelkarte für Kinder von 3-10 Jahren; Abschnitt II der Lebensmittelkarte für Normalverbraucher von 10 Jahren an aufwärts; Abschnitt I der Lebensmittelkarte für Vollselbstversorger sämtl. Altersstufen.

Als Ausweis für den nachfolgenden Bezug der Nahrungsmittel versehen die Einzelhandelsgeschäfte den Stammschnitt der Lebensmittelkarte auf der Rückseite mit ihrem Firmenstempel. Die Stammschnitte sind deshalb sorgfältig aufzubewahren. Für in Gemeinschaftsverpflegung befindliche Personen (Anstalten, Heime usw.), welche Lebensmittelkarten nicht besitzen, werden Stammschnitte ausgegeben, auf Grund einzureichender sämtlicher Listen über die zu verpflegenden Insassen. Die Verkaufsstellen reichen die abgetrennten Abschnitte dem Wirtschaftsamt in der Zeit vom 16. bis 24. Mai 1947 gegen Abgabe einer Empfangsbescheinigung bzw. eines Sammelbezugscheites ein. Diese berechtigen zum unmittelbaren Bezug der Nahrungsmittel. Vorstehende Weisungen finden auch für den ambulanten Handel sinngemäß Anwendung. (32-294)

Wirtschaftsamt Freiburg-Land, Wirtschaftsamt Freiburg-Stadt.

Bekanntmachungen der Stadt Freiburg

Aufbaudienst

Unter Bezugnahme auf die vom Stadtrat am 1. 4. 1947 zum § 17 der Bad. Gemeindeordnung vom 31. 3. 1947 beschlossene Gemeindefestsetzung werden für die Monate Mai und Juni aufgerufen: Alle aufbaudienstpflichtigen männlichen Einwohner der Stadt zwischen dem 16. und 60. Lebensjahr.

Es arbeiten am:

30. April 1947	A-Bah	27. Mai
1. Mai	Bahr-Bent	28. Mai
2. Mai	Benz-Boh	29. Mai
3. Mai	Boi-Bur	30. Mai
4. Mai	Bug-Diet	31. Mai
5. Mai	Diew-Ehr	2. Juni
6. Mai	Eib-Fei	3. Juni
7. Mai	Fel-Frit	4. Juni
8. Mai	Fritz-Gis	5. Juni
9. Mai	Gir-Gül	6. Juni
10. Mai	Güm-Hau	7. Juni
11. Mai	Hav-Huz	8. Juni
12. Mai	Hi-Hum	9. Juni
13. Mai	Hun-Kar	10. Juni
14. Mai	Kap-Kli	11. Juni
15. Mai	Kio-Kran	12. Juni
16. Mai	Krap-Lan	13. Juni
17. Mai	Lap-Mai	14. Juni
18. Mai		15. Juni

Arbeitszeit: Beginn 8 Uhr pünktlich am Fahnenbergplatz; Ende 16.30 Uhr. Halbstündige Mittagspause während der Ausgabe der warmen Mittagkost auf der Baustelle in der Zeit zwischen 11.30 und 12.30 Uhr. Eßgeschirr ist mitzubringen. Wer aus berechtigten Gründen den Einberufungstag nicht einhalten kann, kann seinen Arbeitstag an einem beliebigen Tag der Aufbaudienst nachholen. Nachholstage sind ferner der 19., 20., 21., 23. und 24. Juni. Nachholungen werden nur anerkannt, wenn sie noch während der Aufbaudienst abgeleistet werden. Die Ableistung der Arbeit wird von der Bauleitung auf der Arbeitseinsatz-Meldekarte, die bei Arbeitsbeginn abzugeben ist, eingetragen. Mündliche Auskünfte werden erteilt in der Dienststelle des Wiederaufbaubüros: Baracke 2, am Fahnenbergplatz. Sprechstunden täglich 8 bis 12 Uhr. (32-993)

Freiburg, 24. April 1947. Das Wiederaufbaubüro der Stadt Freiburg.

Städt. Straßenbahnen

Mit Wirkung vom 1. Mai 1947 tritt der Sommerfahrplan in Kraft. Erster Wagen nach allen vier Richtungen ab Bertholdbrunnen 6.18 Uhr. Letzter Wagen nach allen vier Richtungen ab Bertholdbrunnen 22 Uhr. Die weiteren Abfahrts- und Ankunftszeiten sind den an den Endhaltestellen angebrachten Fahrplänen zu entnehmen. Gleichzeitig verkehrt ab 1. Mai 1947 die Linie 5 von Haslach-Endstation über Hauptbahnhof bis zur Einmündung in der Friedrichstraße im 12-Minuten-Verkehr. Unsere verehrlichen Fahrgäste werden nochmals darauf hingewiesen, daß infolge betriebstechnischer Schwierigkeiten die Sperrstunden auch im Sommerfahrplan beibehalten werden müssen. (32-102) Direktion der Städt. Straßenbahnen Freiburg.

Bekanntmachung

Politische Überprüfung und berufliche Bestätigung von Bühnengehörigen, Musikern, freien Künstlern und künstlerischen Mitarbeitern des Rundfunks. Nur diejenigen Bühnengehörigen, Musiker, künstlerische Mitarbeiter des Rundfunks und andere Künstler im freien Beruf werden vom 1. Oktober 1947 an in der Öffentlichkeit auftreten, bzw. ihre Tätigkeit ausüben dürfen, die politisch überprüft und auch beruflich bestätigt sind. Alle diejenigen, die unserer Aufforderung vom 15. November 1946 nicht nachgekommen sind, haben daher umgehend spätestens bis zum 15. Mai 1947 den vorgeschriebenen politischen Fragebogen in doppelter Ausfertigung nebst ausführlichem Lebenslauf und genauer Berufsangaben beim Ministerium des Kultus und Unterrichts einzureichen. Freiburg, den 26. April 1947. (32-100) Bad. Ministerium des Kultus und Unterrichts - Franz. Besatzungsgebiet. - Der Staatssekretär: J. V. Fleig.

Stadtkreis Freiburg i. Br., Brennpunkt des Wohnungsbedarfs

Das Bad. Wirtschaftsministerium - Direktion Aroci - gibt bekannt: „Der Stadtkreis Freiburg ist mit sofortiger Wirkung zum Brennpunkt des Wohnungsbedarfs erklärt. Der Zuzug in den Stadtkreis Freiburg ist gesperrt und wird schärfstens überwacht. Wer im Stadtkreis Freiburg wohnt und seine Tätigkeit wegen entbehrl. ist oder eine wirtschaftliche Tätigkeit nicht ausübt, kann in einen anderen Kreis verwiesen werden. Das beschriebene Aufsuchen Freiburgs ohne wichtigen Grund ist zu unterlassen.“ Freiburg i. Br., den 14. April 1947. Bad. Wirtschaftsministerium. (12-138)